

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für lokale Behörden zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

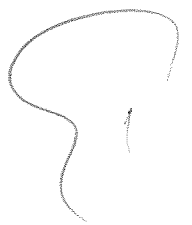
67083/4

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION

09 -03- 2020

RAAD VAN STATE
WETGEVING

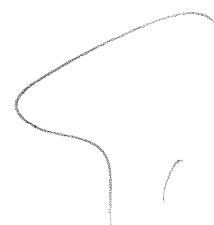
Der für lokale Behörden zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:



**DEKRETVORENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES GEMEINDEDEKRETS VOM 23. APRIL
2018**

INHALTSANGABE

Mit diesem Dekretentwurf soll das Gemeindedekret vom 23. April 2018 abgeändert werden, um die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets in den haushälterischen Konsolidierungskreis der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu übernehmen.

A handwritten signature in dark ink, consisting of a large, stylized 'S' or 'G' shape with a small vertical stroke at the bottom right.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen.....	4
Kommentar zu den Artikeln.....	5
Vorentwurf	24
Anlage	
Gutachten der Gemeinden.....	44



BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Kontext

Vorliegender Dekretentwurf soll die rechtliche Grundlage schaffen, um das geltende Regelwerk der Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft fast vollständig in das Gemeindedekret vom 23. April 2018 zu integrieren und somit auf die Gemeinden anwendbar zu machen. Durch die Umsetzung vorliegender Haushaltsbestimmungen werden sich zukünftig in kürzester Zeit konsolidierte Finanzübersichten des gesamten öffentlichen Sektors erstellen lassen können. Darauf basierend werden sich ebenfalls schnellere und aussagekräftigere Prognosen zur Realisierung von ausgeglichenen Haushaltsergebnissen ableiten lassen.

Schon seit einigen Jahren verpflichten europäische Normen die Deutschsprachige Gemeinschaft, noch enger und effizienter mit ihren öffentlich-rechtlichen Partnern zusammenzuarbeiten. So sieht das am 13. Dezember 2011 in Kraft getretene Sixpack zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaketes der EU, insbesondere Artikel 13 der EU Richtlinie 2011/85 Folgendes vor:

„Es soll eine Implementation von geeigneten Mechanismen für sämtliche den Teilsektoren des Staates umfassende Koordinierung (inkl. der lokalen Behörden) vorgesehen werden, um eine umfassende und kohärente Erfassung aller Teilsektoren des Staates bei der Finanzplanung, den länderspezifischen numerischen Haushaltsregeln und der Erstellung der Haushaltsprognosen zu gewährleisten.“

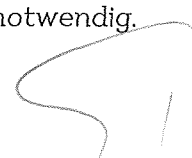
Stetig anwachsende Anfragen seitens Eurostat, des Instituts für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung oder anderer übergeordneter Gremien lassen die Kontrollen und die Übermittlung konsolidierter Finanzkennzahlen im Haushalts- und Finanzbereich weiter ansteigen. Um diesen finanztechnischen Herausforderungen gerecht zu werden, sollten vorzugsweise alle öffentlichen Einrichtungen der Sektoren (S1312 und S1313), die laut dem Institut für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugehörig sind, mit den gleichen Regelwerken, den gleichen Analyse- und Management-Tools und der gleichen Buchhaltungssoftware ausgestattet werden. Dazu zählen somit auch die Gemeinden, die neben den Einrichtungen öffentlichen Interesses die wichtigsten Finanzakteure des öffentlichen Sektors darstellen.

Nur durch die konsequente Anwendung gleichgeschalteter Buchhaltungsinstrumente wird es zukünftig möglich sein, drohende Haushaltsdefizite abzuwenden, die Nettoneuverschuldung zu verringern bzw. zu lenken und eine gemeinsame, mehrjährige Finanzplanung aller dem Konsolidierungskreis der Deutschsprachigen Gemeinschaft angehörenden Einrichtungen zu erstellen.

Nach Verabschiedung des Dekretes soll die Anwendung dieser neuen Buchhaltungsregeln mittels einer dedizierten EDV-Anwendung realisiert werden.

2. Herangehensweise

Damit der rechtliche Rahmen zur Übernahme der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets in den haushälterischen Konsolidierungskreis der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffen wird, war eine Anpassung des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 notwendig.



Die relevanten Rechtsbestimmungen des Dekrets von 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind dabei in das Gemeindedekret übernommen worden.

In Abweichung hiervon wurde es als nicht angebracht betrachtet, bestimmte Bestimmungen der Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in das Gemeindedekret zu übernehmen. Die Bestimmungen betreffend den Rechnungshof oder die Verantwortlichkeit der Finanzakteure (Artikel 21, 27 bis 30, 40 bis 44, 46 und 47, 71, 72, 88, 89 und 95) wurden nicht übernommen, da die Aufsicht über die Gemeinden im Dekret vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets geregelt ist. So auch Artikel 57 §2 Absatz 2 der Haushaltsordnung zur Bezuschussung, da die Bedingungen für die Vergabe von Zuschüssen bereits unter den Artikeln 177 und Folgenden festgelegt sind.

Am 29. Juli 2019 haben die neun Gemeinden des deutschen Sprachgebiets ein Gutachten zum Dekretvorentwurf zur Abänderung des Gemeindedekrets vom 28. April 2018 abgegeben. Die Fragen, die durch diese Begutachtung entstanden sind, wurden im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 22. Januar 2020 mit Vertretern der neun Gemeinden besprochen. Infolge dessen wurde der Dekretvorentwurf in mehreren Punkten überarbeitet. Darüber hinaus wurde klargestellt, dass weitere Anpassungen in späteren Schritten unternommen werden, wie etwa die Anpassung des Titels betreffend die Gemeindesteuer, die Einbeziehung der öffentlichen Sozialhilfezentren oder auch die Aufhebung gewisser Bestimmungen des Erlasses des Regenten vom 18. Juni 1946 zur finanziellen Verwaltung der Gemeinderegionen sowie des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung in Ausführung von Artikel L1315-1 des Kodex für lokale Demokratie und Dezentralisierung.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

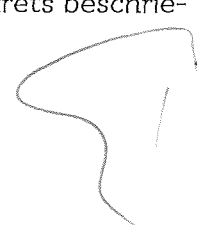
Artikel 2 des Gemeindedekrets zu den Begriffsbestimmungen wird um zwei Begriffsbestimmungen bezüglich der wirtschaftlichen Klassifizierung und der funktionellen Klassifizierung ergänzt, die vom Dekret vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Artikel 2 Nr. 10 und 11) übernommen werden. Beide Begriffe werden in der Bestimmung über die Haushaltsgliederung (Artikel 170) des Gemeindedekrets erwähnt.

Artikel 2

Artikel 28 §1 des Gemeindedekrets zur Beratung über den Haushalt und die Rechnungslegung wurde angepasst, um der in der Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft verwendeten Terminologie zu entsprechen sowie um den Inhalt der bereits in dem Gemeindedekret vorgesehenen Berichte anzupassen.

Artikel 3

Artikel 60 des Gemeindedekrets über die Befugnisse des Kollegiums musste angepasst werden, um die Funktion des Anweisungsbefugten als Aufgabe des Gemeindekollegiums aufzunehmen. Diese Funktion wird im neuen Artikel 164.9 des Gemeindedekrets beschrieben.



Absatz 3 musste im Sinne der Vereinbarkeit mit den europäischen Regelungen in Zusammenhang mit der Richtlinie 2011/85 vom 8. November 2011 über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten hinzugefügt werden. Diese Bestimmung entspricht Artikel 60 der Haushaltsordnung.

Artikel 4

Entsprechend dem Gutachten der Gemeinden vom 29. Juli 2019 übernimmt der neue Artikel 60.1 des Gemeindedekrets Artikel 12 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung in Ausführung von Artikel L1315-1 des Kodex für lokale Demokratie und Dezentralisierung. Dementsprechend erstellt das Kollegium den Haushaltsentwurf, nachdem es die Stellungnahme einer Kommission eingeholt hat, in der mindestens ein Mitglied des Kollegiums, der Generaldirektor und der Finanzdirektor versammelt sind.

Artikel 5

Artikel 61 des Gemeindedekrets musste angepasst werden, um die Möglichkeit einer Befugnisdelegation durch das Kollegium vorzusehen, wie etwa im neuen Artikel 164.9.

Artikel 6

Artikel 71 des Gemeindedekrets wurde entsprechend dem Gutachten der Gemeinden vom 29. Juli 2019 ergänzt, damit alle Protokolle des Rats und Kollegiums dem Finanzdirektor übermittelt werden. Der neue Absatz 3 entspricht Artikel 4 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung in Ausführung von Artikel L1315-1 des Kodex für lokale Demokratie und Dezentralisierung.

Artikel 7

Artikel 98 des Gemeindedekrets über die Aufgaben des Generaldirektors musste angepasst werden. Der Generaldirektor bleibt für die Errichtung eines internen Controlling-Systems zuständig, die Überwachung dieses Systems muss aber einer anderen Instanz anvertraut werden (neuer Artikel 167 des Gemeindedekrets), da beide Aufgaben nicht von einer und derselben Person ausgeübt werden dürfen. Entsprechend den Bestimmungen der Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft muss nämlich das interne Audit durch einen unabhängigen Auditdienst vorgenommen werden.

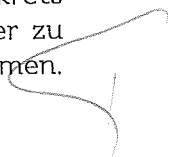
Artikel 8

Artikel 102 des Gemeindedekrets über die Aufgaben des Finanzdirektors musste angepasst werden, um die Funktion des Rechnungspflichtigen als Aufgabe des Finanzdirektors aufzunehmen. Diese Funktion wird im neuen Artikel 164.11 des Gemeindedekrets beschrieben.

Da Artikel 166 aufgehoben wurde, musste der Buchstabe c) in §2 Nummer 2 gestrichen werden.

Artikel 9

Um eine Harmonie zwischen dem bereits bestehenden Artikel 106 des Gemeindedekrets über Zahlstellen und dem neu eingefügten Artikel 164.12 über Zahlstellenverwalter zu schaffen, wird der Inhalt von Absatz 1 des Artikels 106 in Artikel 164.12 übernommen.



Dabei ist festzuhalten, dass der Rechnungspflichtige und nicht mehr das Kollegium Personalmitglieder mit der Zahlung geringer Summen beauftragen kann.

Artikel 10

In Artikel 107 des Gemeindedekrets über die Endabrechnung wurde im Sinne der terminologischen Einheit der Verweis auf den „Rechenschaftspflichtigen“ durch den Verweis auf den „Rechnungspflichtigen“ ersetzt.

Artikel 11

In Artikel 119 des Gemeindedekrets wurde im Sinne der terminologischen Einheit der Verweis auf den „Rechenschaftspflichtigen“ durch den Verweis auf den „Rechnungspflichtigen“ geändert.

Artikel 12

Der Verweis auf den ordentlichen Haushalt in Artikel 151 §2 Absatz 2 des Gemeindedekrets über die öffentlichen Aufträge wird gestrichen, da die Unterscheidung zwischen ordentlichem und außerordentlichem Haushalt entfällt.

Der maximale Betrag für eine Übertragung von Befugnissen wurde von 2.000 auf 3.000 EUR erhöht. Dies erscheint logisch, da der föderale Gesetzgeber ebenfalls den Schwellenwert von öffentlichen Aufträgen, die über einfache angenommene Rechnung vergeben werden dürfen, erhöht hat.

Darüber hinaus wurden die Folgen einer Delegation von Befugnissen an den Generaldirektor auf das Einleiten des Verfahrens und die Vergabe des öffentlichen Auftrags präzisiert.

Artikel 13

Artikel 152 Absatz 1 des Gemeindedekrets musste im Sinne des Parallelismus mit der Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ergänzt werden, um den Grundsatz der Trennung zwischen den Mitteln einer Regie und der Kasse der Gemeinde hervorzuheben.

Artikel 14

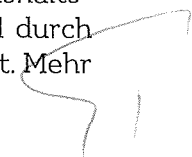
Im Sinne der Verständlichkeit und der terminologischen Einheit wird Artikel 153 des Gemeindedekrets angepasst, um den Verweis auf den „Rechenschaftspflichtigen“ durch den Verweis auf den „Rechnungspflichtigen“ zu ersetzen.

Artikel 15

Die Formulierung der Betitelung des Abschnitts 1 von Kapitel 4 des Gemeindedekrets wurde angepasst, um der neuen Struktur des Abschnitts Rechnung zu tragen.

Artikel 16

Der neue Artikel 163 des Gemeindedekrets über die Haushaltsfeststellung übernimmt den bisherigen Artikel 169 §4 des Gemeindedekrets und entspricht Artikel 3 der Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Der Haushalt einer Gemeinde wird durch den Gemeinderat verabschiedet und anschließend von der Aufsichtsbehörde gebilligt. Mehr



Einzelheiten zum Verabschiedungsverfahren sind den Artikeln 27 und 28 des Gemeindedekrets zu entnehmen.

Nach dem Grundsatz der vorherigen Bewilligung muss vor einer Ausgabe immer die Bewilligung stehen. Aus diesem Grunde muss der Haushalt vor Beginn des Haushaltsjahres verabschiedet werden. Die vorherige Feststellung des Haushalts ist Voraussetzung für eine geordnete Haushaltsführung. Die einzige Einschränkung dieses Grundsatzes bildet die vorläufige Haushaltsführung auf der Grundlage von provisorischen Haushaltsmitteln.

Artikel 17

Der neue Artikel 163.1 des Gemeindedekrets sieht die Bedeutung und Wirkung des Haushalts vor und entspricht Artikel 4 der Haushaltsordnung. Durch den Haushalt werden die Einnahmen und Ausgaben einer Gemeinde geschätzt und erlaubt.

Der Haushalt ermächtigt den Anweisungsbefugten, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen. Dabei ist wesentlich, dass die im Haushalt enthaltenen Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen an sich keine Grundlage für eine Leistung aus dem Haushalt sind, sondern nur den Leistungsrahmen darstellen. Bei Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen stellt der Haushaltsansatz die Obergrenze der Ermächtigung dar.

Bei der Erhebung von Einnahmen sind alle Voraussetzungen zu schaffen, die veranschlagten Einnahmen rechtzeitig und vollständig zu erheben. Zusätzlich anfallende Einnahmen können erhoben werden.

Der Haushalt hat für die Verwaltung einer Gemeinde bindende Wirkung. Die Ausführung des Haushalts vollzieht sich nach den Rechtsregeln des öffentlichen Rechts, insbesondere nach haushaltsrechtlichen Vorschriften.

Artikel 18

Der neue Artikel 163.2 des Gemeindedekrets betrifft den Grundsatz der Jährlichkeit und entspricht Artikel 5 der Haushaltsordnung. Für jedes Jahr ist ein Haushalt aufzustellen, Verpflichtung die der bisherige Artikel 169 Absatz 4 des Gemeindedekrets bereits vorsah. In diesen Haushalt sind die Einnahmen, Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen einzustellen, die voraussichtlich in diesem Haushaltsjahr erhoben bzw. geleistet werden. Das Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr, entsprechend dem bisherigen Artikel 163 des Gemeindedekrets. Bei verspäteter Feststellung des Haushaltes tritt der Haushalt rückwirkend zum 1. Januar des betreffenden Jahres in Kraft. Gleiches gilt für eventuelle Nachtragshaushalte.

Artikel 19

Der neue Artikel 163.3 des Gemeindedekrets betrifft den Grundsatz der Gesamtdeckung und entspricht dem bisherigen Artikel 171 des Gemeindedekrets sowie Artikel 6 der Haushaltsordnung. Dieser Grundsatz besagt, dass alle Einnahmen als Deckungsmittel für alle Ausgaben dienen. Die Beschränkung von Einnahmen auf eine besondere Verwendung ist grundsätzlich ausgeschlossen. Einnahmen und Ausgaben müssen unabhängig voneinander dargestellt werden, es darf vorab keine Verbindung zwischen bestimmten Einnahmen und bestimmten Ausgaben hergestellt werden.

Artikel 20

Der in dem neuen Artikel 163.4 des Gemeindedekrets erwähnte Grundsatz der Haushaltswahrheit entspricht Artikel 7 der Haushaltsordnung und gebietet, die Einnahmen sowie



die Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen wahrheitsgetreu zu veranschlagen, also nur dann und in der Höhe in den Haushalt aufzunehmen, wie sie im Haushaltsjahr voraussichtlich eingeht bzw. geleistet werden müssen. Das Wahrheitsprinzip verbietet es zum Beispiel, höhere Einnahmen, die voraussichtlich einzugehen sind, oder geringere Ausgaben, die voraussichtlich zu leisten sind, zu veranschlagen und damit den Haushalt nur formal auszugleichen, also einen Fehlbetrag zu verschleiern.

Artikel 21

Der neue Artikel 163.5 des Gemeindedekrets sieht die Grundsätze der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit vor und entspricht Artikel 8 der Haushaltsordnung.

Nach dem Grundsatz der Sparsamkeit werden die eingesetzten Ressourcen zum richtigen Zeitpunkt, in ausreichender Menge und angemessener Qualität sowie mit dem geringstmöglichen Kostenaufwand bereitgestellt.

Nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit ist die günstigste Relation zwischen dem verfolgten Zweck und den einzusetzenden Mitteln anzustreben. Die Wirtschaftlichkeit misst das Verhältnis zwischen Kosten und Leistung, zwischen Input und Output; es geht um die Frage: „Tun wir die Dinge richtig?“

Nach dem Grundsatz der Wirksamkeit soll eine höchstmögliche Übereinstimmung zwischen angestrebter und tatsächlicher Wirkung erreicht werden. Die Wirksamkeit misst den Grad der Zielerreichung; es geht um die Frage: „Tun wir die richtigen Dinge?“

Artikel 22

Der neue Artikel 163.6 des Gemeindedekrets betrifft den Grundsatz der Vollständigkeit und Einheit des Haushaltes und entspricht Artikel 9 der Haushaltsordnung. Dieser besagt, dass alle Einnahmen und alle Ausgaben in einem einzigen Haushaltsplan zu veranschlagen sind und über alle Einnahmen und Ausgaben Rechnung zu legen ist. Dieser Grundsatz verbietet die Aufstellung von Sonderhaushalten und das bewusste Unterschlagen einer vorhersehbaren Einnahme oder Ausgabe.

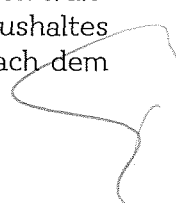
Der Forderung der formalen Einheit des Haushaltsdokumentes, die sich ebenfalls aus diesem Grundsatz ergibt, wird in vorliegendem Dekret bei der Festlegung der Haushaltsgliederung Rechnung getragen.

Artikel 23

Der in dem neuen Artikel 163.7 des Gemeindedekrets erwähnte Grundsatz der Bruttoveranschlagung entspricht Artikel 10 der Haushaltsordnung und besagt, dass Aufrechnungen zwischen Forderungen und Verbindlichkeiten oder zwischen Aufwendungen und Erträgen nicht zulässig sind, es sei denn, die Aufwendungen und Erträge ergeben sich aus demselben Vorgang, gleichartigen Vorgängen oder Deckungsgeschäften, wobei das Finanzvolumen der einzelnen Aufwendungen und Erträge unerheblich sein muss.

Artikel 24

Der neue Artikel 163.8 des Gemeindedekrets betrifft den Grundsatz der Einzelveranschlagung und entspricht Artikel 11 der Haushaltsordnung. Zur Transparenz des Haushaltes gehört die Spezifizierung der Haushaltsansätze. Demnach sind die Einnahmen nach dem



Entstehungsgrund, die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigungen nach Zwecken getrennt zu veranschlagen.

Die Haushaltsgliederung erlaubt eine Unterscheidung zwischen gesetzlicher, administrativer und wirtschaftlicher Bindung der Einzelveranschlagung. Die gesetzliche Bindung erfolgt in der Regel auf Ebene der Programme, die administrative Bindung auf Ebene der Zuweisung. Die wirtschaftliche Bindung erfolgt durch die Klassifizierung der Zuweisungen gemäß ESVG 2010.

Artikel 25

Der neue Artikel 163.9 des Gemeindedekrets sieht entsprechend Artikel 12 der Haushaltsordnung vor, dass der Einnahmenhaushalt die im Laufe des Haushaltsjahres festzustellenden Rechte enthält. Eine Einnahme wird dem Haushaltsjahr zugeordnet, in dem das unzweifelhafte Recht auf diese Einnahme entstanden ist.

Artikel 26

Der neue Artikel 163.10 des Gemeindedekrets widmet sich den Ausgaben und entspricht Artikel 13 der Haushaltsordnung. Der vorliegende Dekretentwurf sieht vor, dass die Genehmigung der Ausgaben im Haushaltsplan Verpflichtungsermächtigungen und Ausgabeermächtigungen betrifft. Die Verpflichtungsermächtigungen erlauben Mittelbindungen für Verpflichtungen, die im Laufe des Haushaltsjahres eingegangen werden, die Ausgabeermächtigungen die Leistung von Ausgaben, um Verpflichtungen nachzukommen, die im laufenden Jahr oder in Vorjahren eingegangen wurden.

Alle Ausgabenkredite sind obligatorisch aufgegliedert zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Ausgabeermächtigungen.

Der Ausgabenhaushalt sieht Verpflichtungsermächtigungen vor für alle Verpflichtungen, die im Laufe des Haushaltsjahres eingegangen werden. Diese Bestimmung wird dadurch gelockert, dass im Fall von wiederkehrenden Verpflichtungen, die Auswirkungen auf mehrere Jahre haben, nur die während des Haushaltsjahres fälligen Beträge vorgesehen und gebunden werden müssen. Dies betrifft im Wesentlichen Gehaltsausgaben und die Ausgaben für die Miete von Gütern oder Dienstleistungen. Es handelt sich dabei um Ausgaben, bei denen eine Mittelbindung in Höhe der gesamten finanziellen Verpflichtungen, die bei Vertragsabschluss oder beim Eingehen der rechtlichen Verpflichtung entstehen, zweifellos eine Haushaltsbelastung ohne wirtschaftlichen Bezug zum Haushaltsjahr darstellen würde. Verpflichtungen, die sich zwar über mehrere Jahre erstrecken, aber nicht wiederkehrender Natur sind, wie zum Beispiel die Vergabe von Bauaufträgen, fallen nicht unter diese Ausnahmeregelung.

Artikel 27

Die Formulierung der Betitelung des Abschnitts 2 von Kapitel 4 des Gemeindedekrets wurde angepasst, um der neuen Struktur des Abschnitts Rechnung zu tragen.

Artikel 28

Durch diese Bestimmung wird in den Abschnitt 2 von Kapitel 4 des Gemeindedekrets ein Unterabschnitt 1 „Allgemeine Bestimmungen“ eingefügt.



Artikel 29

Der neue Artikel 164 des Gemeindedekrets legt entsprechend Artikel 13.1 der Haushaltsordnung fest, unter welchen Bedingungen ein Recht als festgestellt gilt: Der Betrag muss genau bestimmt und die Identität des Schuldners bekannt sein, es muss eine Zahlungsverpflichtung bestehen und ein Beleg vorliegen.

Die Definition des festgestellten Rechts gilt sowohl für die Einnahmen als auch für die Ausgaben.

Artikel 30

Der neue Artikel 164.1 des Gemeindedekrets legt entsprechend Artikel 14 der Haushaltsordnung fest, welche Einnahmen und Ausgaben einem Haushaltsjahr tatsächlich zugerechnet werden. Dabei werden als Einnahmen die festgestellten Rechte verbucht, nicht die kassenwirksamen Einnahmen. Als Ausgaben zulasten der Verpflichtungsermächtigungen gelten die gebundenen Mittel aufgrund der im Haushaltsjahr entstandenen Verpflichtungen sowie bei wiederkehrenden Verpflichtungen die während des Haushaltsjahres fälligen Beträge. Als Ausgaben zulasten der Ausgabeermächtigungen gelten die während des Haushaltsjahres als zahlbar festgestellten Ausgaben.

Absatz 2 von Artikel 164.1 übernimmt den Inhalt von Artikel 173 des Gemeindedekrets über Lasten und Ausgaben, der aufgehoben wird.

Artikel 31

Gemäß dem neuen Artikel 164.2 des Gemeindedekrets und entsprechend Artikel 15 §1 der Haushaltsordnung muss die Haushaltsbuchhaltung eine ständige Überprüfung der Ausführung der Haushaltspläne erlauben.

Artikel 32

Die in dem neuen Artikel 164.3 des Gemeindedekrets erwähnte Haushaltsausführungsrechnung entspricht Artikel 16 der Haushaltsordnung und stellt die tatsächliche Haushaltsentwicklung dar. Sie gibt einen Soll/Ist-Vergleich für Einnahmen und Ausgaben und zeigt auf, in welchem Umfang die Ermächtigungen des Haushaltsplanes in Anspruch genommen wurden. Die Haushaltsausführungsrechnung folgt der Struktur des Haushaltsplanes.

Artikel 33

Durch diese Bestimmung wird in den Abschnitt 2 von Kapitel 4 des Gemeindedekrets ein Unterabschnitt 2 „Verwendung der Haushaltsmittel“ eingefügt.

Artikel 34

Der erste Absatz des neuen Artikels 164.4 des Gemeindedekrets, der Artikel 17 der Haushaltsordnung entspricht, besagt, dass Einnahmen rechtzeitig und vollständig erhoben werden müssen. Diese Bestimmung gilt unbeschadet des Titels V des Gemeindedekrets. Einnahmen sind bei Fälligkeit zu erheben, unabhängig davon, ob sie im Haushaltsplan überhaupt oder in entsprechender Höhe veranschlagt sind. Entstehen Ansprüche nicht unmittelbar durch Rechtsvorschriften, sind unverzüglich die notwendigen Voraussetzungen für ihr Entstehen zu schaffen. Zur vollständigen Erhebung der Einnahmen gehört auch die



Geltendmachung von Verzugszinsen. Die Haushaltseinnahmen sind in einem automatisierten Verfahren zu überwachen.

Der zweite Absatz wiederholt das Gebot der Wirtschaftlichkeit bei der Bewirtschaftung der Ausgaben. Die Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen sind so zu bewirtschaften, dass sie zur Deckung aller Ausgaben ausreichen, die unter die im Haushalt angegebene Zweckbestimmung fallen. Die Haushaltsausgaben sind dazu in einem automatisierten Verfahren zu überwachen.

Der dritte Absatz legt fest, dass die Haushaltsmittel nur auf der Grundlage von gesetzlichen bzw. dekretalen Bestimmungen sowie von Ausführungserlassen oder Beschlüssen zur Aufgabendelegation verwandt werden dürfen.

Artikel 35

Der neue Artikel 164.5 des Gemeindedekrets entspricht Artikel 18 der Haushaltsordnung und ist eine Konkretisierung des Grundsatzes der Einzelveranschlagung auf der Ebene der Haushaltsausführung: Haushaltsmittel dürfen nur zu dem Zweck genutzt werden, für den sie in den Haushaltsplan eingetragen wurden; eine Verwendung zu anderen Zwecken als dem angegebenen ist nicht gestattet. Ob eine im Haushaltsplan angegebene Zweckbestimmung im konkreten Fall eine Verwendung der Mittel für eine bestimmte Maßnahme zulässt, ist im Wege der Auslegung der Zweckbestimmung zu ermitteln. Hierin liegt eine wichtige Aufgabe bei der Ausführung des Haushalts. Für die Auslegung sind die Erläuterungen zum Haushalt heranzuziehen.

Der Artikel beinhaltet ebenfalls die Konkretisierung des Jährlichkeitsprinzips. In Anwendung dieses Prinzips verfallen Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen am Ende des Haushaltsjahres. Eine Übertragung der Mittel auf zukünftige Haushaltsjahre ist nicht gestattet.

Artikel 36

Der neue Artikel 164.6 des Gemeindedekrets über die gesetzliche und haushaltsmäßige Verpflichtung entspricht Artikel 19 der Haushaltsordnung und bestimmt, dass jeder gesetzlichen Verpflichtung eine Mittelbindung zulasten der Verpflichtungsermächtigungen vorausgehen muss. Er legt jedoch auch den Vorrang der gesetzlichen Verpflichtung vor der haushaltsmäßigen Verpflichtung fest: Zum einen muss im Fall eines Unterschiedes zwischen den Beträgen der beiden Verpflichtungen der Betrag der haushaltsmäßigen Verpflichtung angepasst werden, zum anderen verfallen zum Jahresende alle Mittelbindungen, die nicht durch eine gesetzliche Verpflichtung bestätigt wurden.

Absatz 4 dient dazu, den Gemeinden die Flexibilität einzuräumen, Rechnungen zu verbuchen, bei denen auf Grund einer Fehlangabe keine entsprechende gesetzliche Verpflichtung im Vorfeld eingegangen ist.

Artikel 37

Der neue Artikel 164.7 des Gemeindedekrets über die Verpflichtungen zulasten des kommenden Haushaltes sieht entsprechend Artikel 20 der Haushaltsordnung vor, dass die für den Weiterbetrieb der Gemeinde erforderlichen Verpflichtungen ab dem 1. November eines Jahres zulasten der Verpflichtungsermächtigungen des darauf folgenden Haushaltsjahres getätigt werden können, im Rahmen der verabschiedeten Haushaltsmittel der entsprechenden Ausgaben des laufenden Jahres. Bei der Nutzung dieser Möglichkeit muss ausdrücklich



begründet werden, dass der Weiterbetrieb der Gemeinde ohne die Verpflichtung ernsthaft gefährdet ist.

Artikel 38

Durch die Bestimmung wird in den Abschnitt 2 von Kapitel 4 des Gemeindedekrets ein Unterabschnitt 3 „Finanzakteure“ eingefügt.

Artikel 39

Das abgeänderte Gemeindedekret sieht analog zum Dekret über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft drei Finanzakteure vor: den Anweisungsbefugten, den Rechnungspflichtigen und den Zahlstellenverwalter.

Dem Anweisungsbefugten jeder Gemeinde obliegt es, die Einnahmen und Ausgaben nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung auszuführen sowie deren Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit zu gewährleisten.

Der Rechnungspflichtige gewährleistet die Ordnungsmäßigkeit der Zahlungen, die Annahme der Einnahmen und die Einziehung der festgestellten Forderungen. Er ist verantwortlich für die Rechnungsführung. Er ist ermächtigt, Barmittel und Werte zu handhaben.

Der Zahlstellenverwalter ist vom Rechnungspflichtigen unter seiner Verantwortung bevollmächtigt, eine Zahlstelle zu verwalten. Die Vollmacht kann zeitlich begrenzt sein.

Artikel 164.8 des Gemeindedekrets besagt entsprechend Artikel 22 der Haushaltsordnung, dass die Anweisungsbefugnis und die Rechnungsführung getrennte Funktionen und nicht miteinander vereinbar sind.

Diese Trennung der Funktionen hat unter anderem zur Folge, dass Anweisungsbefugte keine Kreditkarten auf den Namen der Gemeinde verwenden dürfen, da sie mit der Kreditkarte gleichzeitig eine Verpflichtung eingehen, die Ausgabe feststellen und die Zahlung ausführen würden. Kreditkarten auf den Namen der Gemeinde dürfen ausschließlich durch den Rechnungspflichtigen benutzt werden, um auf Anordnung eines Anweisungsbefugten Zahlungen vorzunehmen.

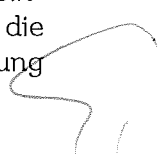
Artikel 40

Gemäß dem neuen Artikel 164.9 des Gemeindedekrets, der Artikel 23 der Haushaltsordnung entspricht, verfügt jede Gemeinde über einen Anweisungsbefugten. Diese Funktion wird gemäß Artikel 60 von dem Gemeindegremium ausgeübt.

Die Anweisungsbefugten können unter den Bediensteten ihrer Gemeinde bevollmächtigte und nachgeordnet bevollmächtigte Anweisungsbefugte bezeichnen, die in ihrer Arbeit durch weitere Bediensteten unterstützt werden können, die unter ihrer Verantwortung tätig werden. Die grundsätzliche Möglichkeit der Delegation durch das Kollegium wurde in Artikel 61 des Gemeindedekrets vorgesehen.

Artikel 41

Der neue Artikel 164.10 des Gemeindedekrets entspricht Artikel 24 der Haushaltsordnung und legt im Detail die Aufgaben der Anweisungsbefugten fest: Sie nehmen Mittelbindungen vor, gehen rechtliche Verpflichtungen ein, stellen Ausgaben fest und erteilen die entsprechenden Zahlungsanweisungen. Diese Aufgaben können sämtlich in Anwendung



von Artikel 164.10 an die bevollmächtigten oder nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten übertragen werden.

Der neue Artikel 164.10 §5 Absatz 2 übernimmt den bisherigen Artikel 168 des Gemeindedekrets, wobei Zahlungsanweisungen nun nicht mehr von einem Schöffe unterschrieben werden müssen.

Artikel 42

Der neue Artikel 164.11 des Gemeindedekrets entspricht Artikel 25 der Haushaltsordnung und legt im Detail die Aufgaben des Rechnungspflichtigen fest. Pro Gemeinde gibt es einen einzigen Rechnungspflichtigen. Teilbuchhaltungen können unter seiner Verantwortung von anderen Bediensteten der Gemeinde geführt werden.

Anders als die Rechnungspflichtigen, die der Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wo die Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 Anwendung finden) unterliegen, unterliegen die Rechnungspflichtigen unter dem Gemeindedekret nicht der Gerichtsbarkeit des Rechnungshofes.

Artikel 43

Für Zahlungen in geringer Höhe und für die Annahme von anderen Einnahmen als Eigenmitteln können gemäß dem neuen Artikel 164.12 des Gemeindedekrets und ähnlich Artikel 26 der Haushaltsordnung Zahlstellen eingerichtet werden, die den vom Rechnungspflichtigen benannten Zahlstellenverwaltern unterstehen.

Anders als die Zahlstellenverwalter, die der Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wo die Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 Anwendung finden) unterliegen, unterliegen die Zahlstellenverwalter unter dem Gemeindedekret nicht der Gerichtsbarkeit des Rechnungshofes.

Artikel 44

Durch diese Bestimmung wird der Abschnitt 3 ersetzt.

Artikel 45

Der neue Artikel 165 des Gemeindedekrets entspricht Artikel 31 der Haushaltsordnung und schreibt für alle Gemeinden eine allgemeine Buchhaltung vor, die eine Finanzbuchhaltung und eine Kosten- und Leistungsrechnung umfasst.

Der ehemalige Artikel 165 über fakultative Ausgaben wird nicht mehr benötigt, da entsprechend dem Gutachten der Gemeinden vom 29. Juli 2019 solche Ausgaben nicht mehr existieren.

Artikel 46

Die in dem neuen Artikel 165.1 des Gemeindedekrets, der Artikel 32 der Haushaltsordnung entspricht, festgelegte Finanzbuchhaltung basiert auf dem Prinzip der doppelten Buchhaltung und liefert ein getreues Bild der finanziellen und vermögensrechtlichen Situation sowie des Ergebnisses der Gemeinde. Die Regierung legt gemeinsame Buchführungsregeln und -methoden sowie den einheitlichen Kontenplan fest, der von allen Gemeinden anzuwenden ist.



Die Kosten- und Leistungsrechnung ist ein Instrument des Finanzmanagements und wird deshalb individuell auf jede Gemeinde zugeschnitten.

Die Regierung legt fest, auf welchen elektronischen Datenverarbeitungssystemen die Buchhaltung der Gemeinde erfolgt. Diese Bestimmung gibt der Regierung die Möglichkeit, eine einheitliche Buchhaltungssoftware für alle Gemeinden vorzuschreiben.

Artikel 47

Gemäß dem neuen Artikel 165.2 des Gemeindedekrets, der Artikel 33 der Haushaltsordnung entspricht, muss die allgemeine Buchhaltung eine ständige Nachverfolgung der Kassenbewegungen gewährleisten und die Erstellung von periodischen Kassenberichten ermöglichen.

Artikel 48

Der neue Artikel 165.3 des Gemeindedekrets entspricht Artikel 34 der Haushaltsordnung und schreibt eine Kosten- und Leistungsrechnung vor, die es erlaubt, alle zur Geschäftsführung zweckdienlichen Informationen zu liefern, insbesondere die Kosten der Dienstleistungen zu ermitteln.

Artikel 49

Der neue Artikel 165.4 des Gemeindedekrets schreibt vor, jedes Jahr zum 31. Dezember ein vollständiges Inventar aller Bestandteile des Vermögens der Einrichtung zu erstellen. Das Inventar beinhaltet alle Besitztümer und Rechte aller Art sowie die Schulden und Verpflichtungen aller Art. Er entspricht Artikel 35 der Haushaltsordnung.

Die Inventur, die zur Aufstellung des Inventars führt, wird aufgrund buchhalterischer Unterlagen erstellt. Die Regierung kann für eine, mehrere oder alle Gemeinden eine körperliche Bestandsaufnahme durch Zählen, Messen oder Schätzen vorschreiben. In diesem Fall legt sie ebenfalls fest, ob es sich um eine Stichtagsinventur, eine vor- oder nachverlegte Inventur, eine permanente Inventur oder eine Stichprobeninventur handelt.

Artikel 50

Die Rechte können gemäß dem neuen Artikel 165.5 des Gemeindedekrets, der Artikel 36 der Haushaltsordnung entspricht, nur dann einem Rechnungsjahr zugeordnet werden, wenn sie im Laufe dieses Jahres festgestellt wurden. Allerdings werden die am 31. Dezember festgestellten Rechte, die nicht vor dem 1. März des darauf folgenden Jahres gebucht werden, einem nachfolgenden Jahr zugeordnet.

Artikel 51

Der neue Artikel 165.6 des Gemeindedekrets entspricht Artikel 37 der Haushaltsordnung und besagt, dass die zugunsten der Gemeinde festgestellten Rechte durch ihre Bezahlung, ihre Annullierung oder ihre Verjährung erlöschen.

Artikel 52

Die Formulierung der Betitelung des Abschnitts 4 von Kapitel 4 des Gemeindedekrets wurde angepasst, um der neuen Struktur des Abschnitts Rechnung zu tragen.



Artikel 53

Der neue Artikel 166 des Gemeindedekrets über die Rechnungslegung entspricht Artikel 38 Absätze 2 und 3 der Haushaltsordnung.

Die Jahresrechnungen einer Gemeinde umfassen eine Übersicht über die Verwaltung der Gemeindefinanzen gemäß dem bisherigen Artikel 28 Absatz 5 des Gemeindedekrets aber auch entsprechend Artikel 38 Absatz 3 der Haushaltsordnung die Bilanz zum 31. Dezember, die auf Basis der Lasten und Erträge erstellte Ergebnisrechnung sowie eine Analyse der Bilanz, aus der hervorgeht, dass alle festgestellten Rechte und eingegangenen Verpflichtungen gebucht worden sind und dass die Saldi der Kontenbewegungen sich im Umlaufvermögen der Bilanz widerspiegeln. Ziel dieser Analyse ist es, die Konkordanz zwischen Haushaltsbuchhaltung und Finanzbuchhaltung zu belegen. Schlussendlich enthalten die Jahresrechnungen eine zusammenfassende Rechnung der Haushaltsverrichtungen des Jahres in Einnahmen und Ausgaben.

Artikel 54

Der neue Artikel 166.1 des Gemeindedekrets entspricht Artikel 39 der Haushaltsordnung und betrifft die Grundsätze der Rechnungslegung. Die Jahresabschlüsse werden nach folgenden Grundsätzen erstellt: Kontinuität der Tätigkeiten, Vorsichtsprinzip, Stetigkeit der Rechnungsführungsmethoden, Vergleichbarkeit der Daten, relative Wesentlichkeit, Bruttoprinzip, Vorrang der Wirklichkeit gegenüber dem äußeren Anschein und Periodenrechnung.

Das Vorsichtsprinzip besagt, dass die Aktiva oder die Erträge nicht zu hoch und die Passiva oder die Aufwendungen nicht zu niedrig bewertet werden. Das Vorsichtsprinzip gestattet jedoch nicht die Schaffung stiller Reserven oder übermäßig hoher Rückstellungen.

Der Grundsatz der Kontinuität der Tätigkeiten besagt, dass bei der Erstellung der Jahresabschlüsse von einer unbegrenzten Lebensdauer der Gemeinden ausgegangen wird. Dem ist insbesondere bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und der Schulden im Jahresabschluss Rechnung zu tragen. Das Vermögen ist grundsätzlich auf Grundlage der Anschaffungskosten zu bewerten und abnutzbare Vermögensgegenstände sind planmäßig über ihre zu erwartende Nutzungsdauer abzuschreiben.

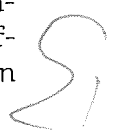
Der Grundsatz der Stetigkeit der Rechnungsführungsmethoden besagt, dass die Struktur der einzelnen Komponenten der Jahresabschlüsse sowie die Buchungsmethoden und die Bewertungsregeln nicht von einem Haushaltsjahr zum anderen geändert werden dürfen.

Der Grundsatz der Vergleichbarkeit der Daten besagt, dass jeder Posten der Jahresabschlüsse die Angabe des im vorhergehenden Haushaltsjahr bei dem entsprechenden Posten ausgewiesenen Betrags enthält.

Nach dem Grundsatz der relativen Wesentlichkeit muss der Jahresabschluss wesentliche Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Einrichtung vermitteln und von unwesentlichen abgrenzen.

Die relative Wesentlichkeit bemisst sich insbesondere nach der Art des Vorgangs beziehungsweise seinem Finanzvolumen.

Das Bruttoprinzip besagt, dass Aufrechnungen zwischen Forderungen und Verbindlichkeiten oder zwischen Aufwendungen und Erträgen nicht zulässig sind, es sei denn, die Aufwendungen und Erträge ergeben sich aus demselben Vorgang, gleichartigen Vorgängen



oder Deckungsgeschäften, wobei das Finanzvolumen der einzelnen Aufwendungen und Erträge unerheblich sein muss.

Der Grundsatz des Vorrangs der Wirklichkeit gegenüber dem äußeren Anschein besagt, dass die in die Jahresabschlüsse eingehenden Rechnungsführungsvorfälle nach Maßgabe ihres wirtschaftlichen Charakters dargestellt werden.

Bei der Periodenrechnung werden Einnahmen und Ausgaben zu dem Zeitpunkt verbucht, zu dem sie anfallen, unabhängig davon, wann die entsprechenden Einzahlungen beziehungsweise Auszahlungen tatsächlich erfolgen. Dies steht im Gegensatz zur Einzahlungs- und Auszahlungsrechnung, bei der Finanzvorgänge und andere Vorfälle erst bei tatsächlichem Zahlungseingang beziehungsweise Zahlungsausgang verbucht werden.

Die in Paragraph 2 Absatz 2 vorgesehene Berichterstattung über Eventualverbindlichkeiten und Beteiligungen einer Gemeinde am Kapital privater oder öffentlicher Unternehmen, die sich erheblich auf die öffentlichen Finanzen auswirken können, entspricht der europäischen Verpflichtung für alle Teilssektoren des Staates gemäß Artikel 14 Nummer 3 der Richtlinie 2011/85 relevante Informationen offenzulegen.

Artikel 55

Durch diese Bestimmung wird ein Abschnitt 5 „Kontrolle“ eingefügt.

Artikel 56

Der neue Artikel 167 des Gemeindedekrets übernimmt entsprechend dem Gutachten der Gemeinden vom 29. Juli 2019 Artikel 64 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung in Ausführung von Artikel L1315-1 des Kodex für lokale Demokratie und Dezentralisierung. Hier werden die Fälle aufgelistet, in denen der Rechnungspflichtige Zahlungsanweisungen an den Anweisungsbefugten zurücksenden kann.

Artikel 57

Der neue Artikel 167.1 des Gemeindedekret übernimmt entsprechend dem Gutachten der Gemeinden vom 29. Juli 2019 Artikel 60 §2 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung in Ausführung von Artikel L1315-1 des Kodex für lokale Demokratie und Dezentralisierung. Hier wird das Verfahren im Falle der Zurücksendung von einer Zahlungsanweisung an den Anweisungsbefugten geschildert.

Artikel 58

Durch den neuen Artikel 167.2 des Gemeindedekrets zum internen Audit wird entsprechend Artikel 45 der Haushaltsordnung ein internes Audit vorgesehen. Bisher war gemäß Artikel 98 der Generaldirektor sowohl für die Errichtung eines internen Controlling-Systems als auch für dessen Überwachung zuständig, einschließlich in Sachen Haushaltsdurchführung und Buchführung der Gemeinde, was mit dem Grundsatz der Aufgabentrennung nach dem neuen Artikel 164.8 des Gemeindedekrets nicht mehr vereinbar ist. Die Bemerkungen der Gemeinden wurden bei der Verfassung dieser Bestimmung berücksichtigt.



Artikel 59

Durch den neuen Artikel 167.3 des Gemeindedekrets wird die Erstellung eines Berichts durch den Finanzdirektor über die in 164.6 Absätze 2 und 4 erwähnten Rechnungen, die verbucht werden, wenn auf Grund einer Fehlangabe keine entsprechende gesetzliche Verpflichtung im Vorfeld eingegangen ist.

Artikel 60

Durch diese Bestimmung wird ein Abschnitt 6 „Eintreibung der festgestellten Forderungen“ eingefügt.

Artikel 61

Der neue Artikel 168 des Gemeindedekrets entspricht Artikel 48 der Haushaltsordnung und legt fest, dass der Anweisungsbefugte der Gemeinde im Fall einer Beanstandung festgestellter Forderungen die Entscheidung über die Beibehaltung, Reduzierung oder Annullierung der Forderung trifft. Diese Befugnis kann an bevollmächtigte oder nachgeordnet bevollmächtigte Anweisungsbefugte übertragen werden.

Artikel 62

Der neue Artikel 168.1 des Gemeindedekrets entspricht Artikel 49 der Haushaltsordnung und legt fest, dass der Rechnungspflichtige unter den durch die Regierung festgelegten Rahmenbedingungen Zahlungsaufschübe oder Zahlungserleichterungen gewähren kann für Schuldner, die nachweislich in finanziellen Schwierigkeiten sind.

Artikel 63

Laut dem neuen Artikel 168.2 des Gemeindedekrets, der Artikel 50 der Haushaltsordnung entspricht, werden die am Fälligkeitstag nicht entrichteten festgestellten Forderungen durch den Anweisungsbefugten auf dem Gerichtsweg eingeklagt. Dieses Mittel kommt natürlich nur dann zur Anwendung, wenn keine Zahlungserleichterungen ausgehandelt werden konnten.

Entsprechend der Begutachtung der Gemeinden vom 29. Juli 2019 wurde die Bestimmung angepasst. Die Möglichkeit, auf einen Gerichtsvollzieher zurückzugreifen, entfällt dadurch nicht.

Artikel 64

Der neue Artikel 168.3 des Gemeindedekrets entspricht Artikel 51 der Haushaltsordnung und legt fest, dass festgestellte Forderungen unter bestimmten Bedingungen durch den Anweisungsbefugten als ganz oder teilweise nicht eintreibbar erklärt werden können. Die Möglichkeit der Delegation ist nicht gegeben. Wird eine Forderung für nicht eintreibbar erklärt, so wird in der Haushaltsbuchhaltung eine negative Einnahme verbucht. Dies kann dazu führen, dass in der Haushaltsausführungsrechnung ein Einnahmeartikel mit einem negativen Saldo aufgeführt wird.

Artikel 65

Durch diese Bestimmung wird ein Abschnitt 7 „Vermögensveräußerungen“ eingefügt.



Artikel 66

Der neue Artikel 169 des Gemeindedekrets entspricht Artikel 52 der Haushaltsordnung und erlaubt die Veräußerung von beweglichen oder unbeweglichen Vermögensgütern der Gemeinden.

Artikel 67

Der neue Artikel 169.1 des Gemeindedekrets legt fest, dass die beweglichen Vermögensgüter, die in der allgemeinen Buchhaltung vollständig abgeschrieben und noch in Gebrauch sind, im Inventar ohne Wert aufgeführt werden. Er entspricht dem Artikel 53 der Haushaltsordnung. Die nützliche Dauer der Güter wird im Ausführungserlass festgelegt.

Artikel 68

Durch diese Bestimmung wird ein Abschnitt 8 „Besondere Bestimmungen“ eingefügt.

Artikel 69

Der neue Artikel 170 des Gemeindedekrets legt analog zu Artikel 57 der Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Gliederung der Haushalte der Gemeinden fest. Die wirtschaftliche Klassifizierung bleibt bestehen. Die für alle Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft geläufigen Begrifflichkeiten der Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen sind dagegen für die Gemeinden neu.

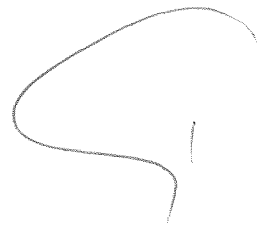
Diese Struktur entspricht im Wesentlichen der in der Haushaltsordnung beschriebenen Haushaltsgliederung der Hauptverwaltung: Gliederung nach Einnahmeartikeln im Haushaltsplan der Einnahmen, Gliederung nach Organisationsbereichen, Programmen und Zuweisungen im Ausgabenhaushaltsplan. Die Genehmigung erfolgt auf Programmebene für die Verpflichtungsermächtigungen und auf Haushaltsebene für die Ausgabeermächtigungen.

Die in Absatz 1 Nummer 2 und in §5 Nummer 2 erwähnte mehrjährige Finanzplanung ergibt sich aus dem mittelfristigen Haushaltsrahmen und beruht auf den Wirtschaftsprognosen des IVG. Sie umfasst folgende Bestandteile:

1. auf der Annahme einer unveränderten Politik basierende Projektionen für jeden Hauptausgaben- und Haupteinnahmenposten;
2. Beschreibung der mittelfristig geplanten Maßnahmen, die Auswirkung auf die gesamtsstaatlichen Finanzen haben, aufgeschlüsselt nach Haupteinnahmen- und Hauptausgabenposten, wobei darzulegen ist, wie die Anpassung an die mittelfristigen Haushaltsziele gegenüber den Projektionen unter Annahme einer unveränderten Politik erreicht werden soll.

Die Nummer 1 von Paragraph 5 wurde aus dem Artikel 28 Absatz 4 des Gemeindedekrets übernommen. Die weiteren Elemente der Allgemeinen Rechtfertigungserklärung zum Haushalt wurden Artikel 57 §5 entnommen, sofern die Relevanz auf Gemeindeebene gegeben war.

Die Regierung kann ein Grundraaster für die Gliederung des Haushalts der Gemeinden festlegen.



Artikel 70

Entsprechend Artikel 170.1 des Gemeindedekrets legt die Regierung die Vorschriften zu Anleihen und mehrjährige Verpflichtungen fest, etwa im jährlichen Haushaltsrundschreiben. Diese Bestimmung entspricht den Artikeln 58, 77 und 92 der Haushaltsordnung.

Artikel 71

Der neue Artikel 170.2 des Gemeindedekrets entspricht den Artikeln 59, 78 und 93 der Haushaltsordnung und enthält die Bestimmungen bezüglich der Erstellung der Haushalte und der Haushaltsanpassungen. Er ist ähnlich wie für die Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgebaut

Haushaltsanpassungen sollten im Prinzip frühestens bei Abschluss der Rechnungslegung durchgeführt werden. Werden am Ende des Jahres letzte Änderungen zu spät zur Billigung vorgelegt und kann die Regierung daher vor dem 31. Dezember des Rechnungsjahres keinen Beschluss fassen, sind die Abänderungen und die jeweiligen Ausgabenverpflichtungen nicht ausführbar. Das jährliche Rundschreiben über die Erstellung der Haushaltsdokumente der Gemeinden des Gebiets deutscher Sprache sah dies bereits vor.

Alle grundsätzlichen Regeln, die für den ursprünglichen Haushaltsplan gelten, sind auch auf dessen Änderungen anwendbar.

Artikel 72

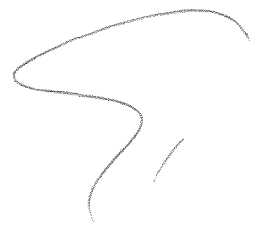
Die im neuen Artikel 170.3 des Gemeindedekrets beschriebene Regel über die provisorischen Haushaltsmittel wurden aus Artikel 14 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 5. Juli 2007 zur Einführung der allgemeinen Gemeindebuchführungsordnung in Ausführung von Artikel L1315-1 des Kodexes für lokale Demokratie und Dezentralisierung sowie aus dem jährlich an die Gemeinden mitgeteilten Haushaltsrundschreiben der Regierung übernommen. Diese Bestimmung entspricht den Artikeln 60, 79 und 94 der Haushaltsordnung.

Sollte der Haushalt nicht fristgerecht verabschiedet worden sein, ist ein durch besondere Umstände begründeter Beschluss notwendig, um auf provisorische Mittel zurückzugreifen. Alleine darauf hinzuweisen, dass der Haushalt noch nicht verabschiedet worden ist, ist als Begründung unzureichend. Es kann seit 2014 ausschließlich bei verpflichtenden Ausgaben sowie Ausgaben im Bereich der Sicherheit auf provisorische Zwölftel zurückgegriffen werden.

Sollte der Haushalt verabschiedet aber nicht rechtzeitig gebilligt worden sein, bedarf das Zurückgreifen auf provisorische Mitteln keines spezifischen Beschlusses.

Die Beschlüsse über die provisorischen Mittel unterliegen laut Artikel 12 des Dekrets vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets der Billigung des für die Verwaltungsaufsicht zuständigen Ministers.

Weitere Angaben zu den provisorischen Haushaltsmitteln sind dem jährlichen Rundschreiben zu entnehmen.



Artikel 73

Artikel 170.4 des Gemeindedekrets betrifft die Rückzahlungen. Der Inhalt des Artikels 176 wurde an dieser Stelle übernommen, um eine logische Reihenfolge zu schaffen.

Artikel 74

Der neue Artikel 170.5 des Gemeindedekrets über dringende Ausgaben übernimmt den Inhalt von Artikel 167. Die Bestimmungen wurden im Sinne einer besseren Lesbarkeit neu geordnet.

Artikel 75

Der neue Artikel 170.6 des Gemeindedekrets betrifft die Bekanntmachung des Haushaltsplans und der Rechnungen und übernimmt den Inhalt von Artikel 170. Die Bestimmungen wurden im Sinne einer besseren Lesbarkeit neu geordnet.

Artikel 76

Artikel 170.7 des Gemeindedekrets zur Neuverteilung der Zuweisungen entspricht den Artikeln 68, 81 und 96 der Haushaltsordnung und sieht die Möglichkeit der Neuverteilung der Verpflichtungsermächtigungen auf die Zuweisungen eines Programms und der Ausgabeermächtigungen auf die Zuweisungen des Haushaltes im Laufe des Haushaltsjahres vor. Eine Neuverteilung zu einem späteren Zeitpunkt ist als Haushaltsanpassung zu behandeln.

Wenn die Zuweisung die einzige Gliederungsebene des Ausgabenhaushaltsplanes ist, kann keine Neuverteilung der Verpflichtungsermächtigungen vorgenommen werden. Die Neuverteilung erfolgt durch das Kollegium.

Artikel 77

Artikel 170.8 des Gemeindedekrets über die Anpassungs- und Korrekturbuchungen entspricht den Artikeln 70, 83 und 98 der Haushaltsordnung und eröffnet die Möglichkeit, nach Abschluss des Rechnungsjahres Anpassungs- beziehungsweise Korrekturbuchungen vorzunehmen. Anpassungsbuchungen werden vor der Übermittlung der Haushaltsausführungsrechnung und des Jahresabschlusses an die Aufsichtsbehörde vorgenommen, Korrekturbuchungen aufgrund der Ergebnisse der Verwaltungsaufsicht

Artikel 78

Artikel 170.9 übernimmt den jetzigen Artikel 169 Absatz 1 des Gemeindedekrets.

Artikel 79

Artikel 170.10 des Gemeindedekrets übernimmt den Inhalt des jetzigen Artikels 165.

Artikel 80

Artikel 171 des Gemeindedekrets über den Haushaltsausgleich wird gestrichen und dessen Inhalt wird in den neuen Artikel 163.2 des Gemeindedekrets zum Jährlichkeitsprinzip übernommen.



Artikel 81

Artikel 172 des Gemeindedekrets über die allgemeine Gemeindebuchführungsordnung wird aufgehoben.

Artikel 82

Aus Gründen der Lesbarkeit wird Artikel 173 des Gemeindedekrets über Lasten und Ausgaben aufgehoben und dessen Inhalt in Artikel 164.1 Absatz 2 über die Anrechnung der Einnahmen und Ausgaben übernommen.

Artikel 83

Artikel 174 §1 des Gemeindedekrets erübrigt sich, da das Überziehen nicht mehr möglich ist.

Artikel 174 §2 wird ebenfalls gestrichen. Absatz 1 ist nicht notwendig und Absatz 2 wird in Artikel 185 über die Eintreibung von Gemeindesteuern übernommen.

Artikel 84

Durch diese Bestimmung wird der bisherige Abschnitt 3 zu Abschnitt 9.

Artikel 85

Der Verweis in Artikel 175 musste an die abgeänderte Nummerierung der Artikel angepasst werden.

Artikel 86

Artikel 176 des Gemeindedekrets über Rückzahlungen wird gestrichen und dessen Inhalt in Artikel 164.5 übernommen.

Artikel 87

Durch diese Bestimmung wird der bisherige Abschnitt 4 zu Abschnitt 10 des Gemeindedekrets.

Artikel 88

Artikel 185 des Gemeindedekrets wird um den Inhalt von Artikel 174 §2 Absatz 2 ergänzt.

Artikel 89

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten fest. Die Regierung kann einen früheren Zeitpunkt des Inkrafttretens für die einzelnen Gemeinden bestimmen.

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH



VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Abänderung des Gemeindedekrets vom 23. April 2018

Artikel 1 – Artikel 2 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 wird wie folgt abgeändert:

1. folgende Nummer 9 wird eingefügt:

„9. wirtschaftliche Klassifizierung: einheitliche Klassifizierung der Haushaltseinnahmen und -ausgaben im Rahmen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen;“

2. folgende Nummer 10 wird eingefügt:

„10. funktionelle Klassifizierung: internationale Klassifizierung der Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen.“

Art. 2 – Artikel 28 §1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„Dem jeweiligen Entwurf ist die in Artikel 166 Absatz 3 bzw. Artikel 170 §5 erwähnte Allgemeine Rechtfertigungserklärung mit einer allgemeinen Übersicht beigelegt.“

2. Absatz 4 wird aufgehoben.

3. Absatz 5 wird aufgehoben.

4. in Absatz 7, der zum Absatz 5 wird, wird die Wortfolge „des Berichts“ durch die Wortfolge „der Allgemeinen Rechtfertigungserklärung“ ersetzt.

Art. 3 – Artikel 60 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird folgende Nummer 11 eingefügt:

„11. die Ausübung der Funktion des Anweisungsbefugten gemäß Artikel 164.9.“

2. folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Das Kollegium teilt im Laufe des Monats, der dem Ende eines jeden Trimesters folgt, der Regierung die Haushalts- und Buchhaltungsdaten mit. Die Regierung legt den Inhalt und die Modalitäten dieser Mitteilung fest.“

Art. 4 – In Titel 2 Kapitel 2 Abschnitt 6 desselben Dekrets wird folgender Artikel 60.1 eingefügt:

„Art. 60.1 – Kommission zur Erstellung des Haushaltsplans

Das Kollegium erstellt den Entwurf des Haushaltsplans, nachdem es die Stellungnahme einer Kommission eingeholt hat, in der mindestens ein dazu bestimmtes Mitglied des Kollegiums, der Generaldirektor und der Finanzdirektor sitzen. Diese Kommission gibt ihre Stellungnahme über die Gesetzmäßigkeit und die vorhersehbaren finanziellen Folgen des Haushaltsplanentwurfs, einschließlich der Prognose der Auswirkung der bedeutsamen Investitionen auf den Haushalt über mehrere Rechnungsjahre. Im schriftlichen Bericht dieser Kommission muss die Stellungnahme jedes ihrer Mitglieder, so wie sie während der Versammlung erörtert worden ist, deutlich ersichtlich sein, auch wenn die Stellungnahme auf eine einzige Weise dargelegt wird. Dieser Bericht wird dem dem Rat vorgelegten Haushaltsplanentwurf und dem der Billigung der Regierung vorgelegten Haushaltsplan beigelegt.

Dieses Verfahren wird ebenfalls auf alle späteren Abänderungen des Haushaltsplans angewandt.

Die Stellungnahme jedes der Mitglieder dieser Kommission wird im Bericht der Kommission deutlich aufgenommen, wenn abweichende Ansichten zum Vorschein kommen. Bei Nichtvorhandensein der Stellungnahme dieser Kommission kann der Rat dem Haushaltsplan oder der betroffenen Abänderung des Haushaltsplans nicht zustimmen.



Der schriftliche Bericht dieser Kommission wird nach dem von der Regierung festgelegten Muster erstellt."

Art. 5 – In Artikel 61 desselben Dekrets wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Das Kollegium kann die Zahlungsanweisungsbefugnis gemäß Artikel 164.9 Absatz 1 übertragen.“

Art. 6 – In Artikel 71 desselben Dekrets wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Alle Protokolle des Rats und des Kollegiums werden unverzüglich dem Finanzdirektor notifiziert.“

Art. 7 – Artikel 98 §4 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Unbeschadet von Artikel 167 ist der Generaldirektor mit der Errichtung und der Überwachung eines internen Controlling-Systems beauftragt.“

Art. 8 – Artikel 102 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Absatz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Darüber hinaus übt er die Funktion des Rechnungspflichtigen gemäß Artikel 164.11 aus.“

2. §2 Nummer 2 Buchstabe c) wird aufgehoben.

Art. 9 – Artikel 106 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird aufgehoben;

2. in Absatz 2, der zum einzigen Absatz wird, wird das Wort „Diese“ durch die Wortfolge „Die in Artikel 164.12 erwähnten“ ersetzt.

Art. 10 – Artikel 107 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Paragraph 2 wird das Wort „Rechenschaftspflichtigen“ jeweils durch das Wort „Rechnungspflichtigen“ ersetzt;

2. in Paragraph 3 wird das Wort „Rechenschaftspflichtige“ durch das Wort „Rechnungspflichtige“ ersetzt.

Art. 11 – In Artikel 119 Absatz 2 desselben Dekrets wird das Wort „Rechenschaftspflichtigen“ durch das Wort „Rechnungspflichtigen“ ersetzt.

Art. 12 – Artikel 151 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. §2 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Der Rat kann dem Generaldirektor die in §1 erwähnten Befugnisse für Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen des Haushalts bis zu 3.000 Euro übertragen.“

2. in §3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Im Fall einer in §2 Absatz 2 erwähnten Delegation der Befugnisse des Rates an den Generaldirektor werden die in dem vorliegenden Paragraphen erwähnten Befugnisse des Kollegiums durch den Generaldirektor ausgeübt. Die in §1 Absatz 2 erwähnte Informationspflicht ist in diesem Fall nicht anwendbar.“

Art. 13 – In Artikel 152 Absatz 1 desselben Dekrets wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Die Mittel der Region sind getrennt von der Gemeindekasse zu verwalten.“



Art. 14 – Artikel 153 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 153 – *Rechnungspflichtiger*

Einnahmen und Ausgaben der Gemeinderegien dürfen von einem besonderen Rechnungspflichtigen getätigt werden. Für diesen Rechnungspflichtigen gelten dieselben Regeln wie für die Finanzdirektoren, was Ernennung, Disziplinarstrafen und Verantwortung angeht.“

Art. 15 – Die Überschrift von Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 1 desselben Dekrets, der die Artikel 163 bis 163.10 umfasst, wird wie folgt ersetzt:

„Abschnitt 1 – *Allgemeine Haushaltsbestimmungen*“

Art. 16 – Artikel 163 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 163 – *Haushaltsfeststellung*

Der Haushalt einer Gemeinde für das kommende Jahr wird vor Beginn des Haushaltsjahres zu dem von der Regierung festgelegten Datum durch den Rat verabschiedet und anschließend gemäß den Bestimmungen des Dekrets vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets durch die Regierung gebilligt.“

Art. 17 – In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.1 eingefügt:

„Art. 163.1 – *Bedeutung und Wirkung des Haushalts*

Der Haushalt dient der Feststellung und Deckung des Finanzbedarfs, der zur Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde im Bewilligungszeitraum voraussichtlich notwendig ist. Er ist Grundlage für die Haushalts- und Wirtschaftsführung.

Der Haushalt ermächtigt die Gemeinde, Verpflichtungen einzugehen und Ausgaben zu leisten.

Durch den Haushalt werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben.“

Art. 18 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.2 eingefügt:

„Art. 163.2 – *Jährlichkeit*

Die im Haushalt ausgewiesenen Mittel werden für ein Haushaltsjahr bewilligt. Das Haushaltsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember desselben Jahres.“

Art. 19 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.3 eingefügt:

„Art. 163.3 – *Gesamtdeckung*

Alle Einnahmen dienen als Deckungsmittel für alle Ausgaben.

Einnahmen dürfen auf die Verwendung für bestimmte Zwecke beschränkt werden, soweit dies durch Gesetz oder Dekret vorgesehen ist.“



Art. 20 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.4 eingefügt:

„Art. 163.4 – Haushaltswahrheit

Bei der Aufstellung des Haushalts sind nur die Einnahmen einzustellen, die voraussichtlich eingehen, und nur die Verpflichtungsermächtigungen und Ausgabeermächtigungen vorzusehen, die zur Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde notwendig sind.“

Art. 21 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.5 eingefügt:

„Art. 163.5 – Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit

Bei Aufstellung und Ausführung des Haushaltes sind die Grundsätze der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit zu beachten. Für alle finanzwirksamen Maßnahmen sind angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen.“

Art. 22 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.6 eingefügt:

„Art. 163.6 – Vollständigkeit und Einheit

Für jedes Haushaltsjahr ist ein Haushalt festzulegen.

Der Haushalt enthält alle im Haushaltsjahr zu erwartenden Einnahmen, voraussichtlich benötigten Verpflichtungsermächtigungen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben.

Der Haushalt genehmigt alle Verpflichtungen und Ausgaben zugunsten Dritter.“

Art. 23 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.7 eingefügt:

„Art. 163.7 – Bruttoveranschlagung

Die Einnahmen und Ausgaben sind in voller Höhe und getrennt voneinander zu veranschlagen.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Regierung Ausnahmen zum Prinzip der Bruttoveranschlagung zulassen, insbesondere für Nebenkosten und Nebenerlöse bei Erwerbs- oder Veräußerungsgeschäften. In diesen Fällen ist die Berechnung des veranschlagten Betrages in die Erläuterungen zum Haushalt aufzunehmen.“

Art. 24 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.8 eingefügt:

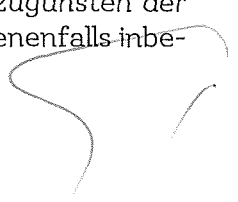
„Art. 163.8 – Einzelveranschlagung

Die Einnahmen sind nach dem Entstehungsgrund und die Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen nach Zwecken getrennt zu veranschlagen.“

Art. 25 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.9 eingefügt:

„Art. 163.9 – Einnahmen

Die Schätzung der Einnahmen betrifft die während des Haushaltsjahres zugunsten der Gemeinde festzustellenden Rechte, die zweckbestimmten Einnahmen gegebenenfalls inbegriffen.“



Art. 26 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 163.10 eingefügt:

„Art. 163.10 - Ausgaben

Die Genehmigung der Ausgaben betrifft:

1. die Verpflichtungsermächtigungen: In dieser Höhe können Mittel gebunden werden für Verpflichtungen, die im Laufe des Haushaltsjahres eingegangen werden. Im Fall von wiederkehrenden Verpflichtungen, die Auswirkungen auf mehrere Jahre haben, werden nur die während des Haushaltsjahres fälligen Beträge gebunden;

2. die Ausgabeermächtigungen: In dieser Höhe können Ausgaben festgestellt werden, um Verpflichtungen nachzukommen, die im laufenden Jahr oder in Vorjahren eingegangen wurden.“

Art. 27 - Die Überschrift von Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 2 desselben Dekrets, der die Artikel 164 bis 164.12 umfasst, wird wie folgt ersetzt:

„Abschnitt 2 - Ausführung des Haushaltsplans und Haushaltsbuchhaltung“

Art. 28 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Unterabschnitt 1, der die Artikel 164 bis 164.3 umfasst, eingefügt:

„Unterabschnitt 1 - Allgemeine Bestimmungen“

Art. 29 - Artikel 164 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 164 - Festgestelltes Recht

Ein Recht gilt als festgestellt, wenn:

1. der Betrag genau bestimmt ist;
2. die Identität des Schuldners oder des Gläubigers bekannt ist;
3. die Zahlungsverpflichtung besteht und
4. ein Beleg vorliegt.“

Art. 30 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.1 eingefügt:

„Art. 164.1 - Anrechnung der Einnahmen und Ausgaben

Werden dem Haushalt eines bestimmten Jahres angerechnet:

1. als Einnahmen: die während des Haushaltsjahres festgestellten Rechte, einschließlich der Rechte bezüglich der zweckbestimmten Einnahmen;
2. als Ausgaben zulasten der Verpflichtungsermächtigungen: die gebundenen Mittel aufgrund der im Haushaltsjahr entstandenen oder eingegangenen Verpflichtungen sowie bei wiederkehrenden Verpflichtungen die während des Haushaltsjahres fälligen Beträge;
3. als Ausgaben zulasten der Ausgabeermächtigungen: die während des Haushaltsjahres als zahlbar festgestellten Ausgaben.

Der Rat trägt jährlich alle gesetzlich oder dekretal vorgeschriebenen Ausgaben der Gemeinde in die Ausgabenseite des Haushaltsplans ein. Dazu gehören insbesondere:

1. die Unterstützungsgelder, die den Kirchenfabriken und den mit der Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte beauftragten Einrichtungen gemäß den diesbezüglich geltenden Bestimmungen gewährt werden, wenn diese Einrichtungen nicht über ausreichende Mittel verfügen;
2. das den Dienern der Kulte bewilligte Wohnungsgeld, wenn ihnen die Wohnung nicht zur Verfügung gestellt wird;
3. die Dotationen und sonstigen Ausgaben für die ÖSHZ, die Polizeizonen und die Hilfeleistungszonen, die in den diesbezüglich geltenden Bestimmungen vorgesehen sind.

Betrifft eine der obligatorischen Ausgaben mehrere Gemeinden, beteiligen sich alle im Verhältnis zum Interesse, das sie daran haben. Bei Weigerung oder Uneinigkeit entscheidet die Regierung.“

Art. 31 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.2 eingefügt:

„Art. 164.2 – Ständige Überprüfung

Die Haushaltsbuchhaltung wird so geführt, dass eine ständige Überprüfung der Ausführung der Haushaltspläne möglich ist.“

Art. 32 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.3 eingefügt:

„Art. 164.3 – Haushaltsausführungsrechnung

Die Haushaltsausführungsrechnung besteht aus Tabellen, die genau wie die Haushaltspläne unterteilt sind. Neben den Schätzungen bzw. den Ermächtigungen werden die gemäß Artikel 164.1 getätigten Haushaltsbuchungen aufgelistet.“

Art. 33 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 2 desselben Dekrets wird folgender Unterabschnitt 2, der die Artikel 164.4 bis 164.7 umfasst, eingefügt:

„Unterabschnitt 2 – Verwendung der Haushaltsmittel“

Art. 34 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.4 eingefügt:

„Art. 164.4 – Erhebung der Einnahmen und Leistung der Ausgaben

Einnahmen sind rechtzeitig und vollständig zu erheben.

Ausgaben werden nur so weit und nicht eher geleistet, als sie zur wirtschaftlichen Verwaltung erforderlich sind. Die Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen sind so zu bewirtschaften, dass sie zur Deckung aller Ausgaben ausreichen, die unter die im Haushalt angegebene Zweckbestimmung fallen.

Die Verwendung der genehmigten Haushaltsmittel erfolgt in Anwendung der Gesetze und Dekrete, ihrer Ausführungserlasse sowie der Beschlüsse zur Aufgabendelegation.“

Art. 35 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.5 eingefügt:

„Art. 164.5 – Sachliche und zeitliche Bindung

Ausgabe- und Verpflichtungsermächtigungen werden nur zu dem im Ausgabenhaushaltsplan bezeichneten Zweck und nur bis zum Ende des betreffenden Haushaltsjahres in Anspruch genommen.“

Art. 36 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.6 eingefügt:

„Art. 164.6 – Gesetzliche und haushaltsmäßige Verpflichtung

Die Zustimmung zu entgeltlichen Verträgen und Übereinkünften sowie zu Beschlüssen zur Gewährung von Zuschüssen oder anderen entgeltlichen einseitigen Verpflichtungen wird erst bekannt gegeben, wenn der entsprechende Betrag auf die dafür vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen gebucht wurde. Erst die entsprechende gesetzliche Verpflichtung, die die genauen Bedingungen festlegt, eröffnet Drittpersonen ein Recht gegenüber der Gemeinde.

Wenn der Betrag der gesetzlichen Verpflichtung von dem der haushaltsmäßigen Verpflichtung abweicht, muss letzterer im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel entsprechend angepasst werden.

Wenn eine haushaltsmäßige Verpflichtung nicht durch eine gesetzliche Verpflichtung bestätigt ist, verfällt sie spätestens am Ende des Haushaltsjahres.

Andere als die unter Absatz 1 aufgeführten Ausgaben können nur auf Grundlage von Beweisstücken, die die Existenz und die genauen Bedingungen der Verpflichtung rechtfertigen, auf die dafür vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen gebucht werden.“

Art. 37 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.7 eingefügt:

„Art. 164.7 – Verpflichtungen zulasten des kommenden Haushaltes

Ab dem 1. November dürfen die für den Weiterbetrieb der Gemeinde erforderlichen Verpflichtungen zulasten der Verpflichtungsermächtigungen des darauf folgenden Haushaltsjahres im Rahmen der verabschiedeten Haushaltsmittel der entsprechenden Ausgaben des laufenden Jahres getätigt werden. Diese Verpflichtungen sehen vor, dass vor Beginn des Haushaltsjahres weder Waren geliefert noch Dienstleistungen erbracht werden dürfen.“

Art. 38 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 2 desselben Dekrets wird folgender Unterabschnitt 3, der die Artikel 164.8 bis 164.12 umfasst, eingefügt:

„Unterabschnitt 3 – Finanzakteure“

Art. 39 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.8 eingefügt:

„Art. 164.8 – Grundsatz der Aufgabentrennung

Anweisung und Rechnungsführung sind getrennte Funktionen und nicht miteinander vereinbar.“

Art. 40 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.9 eingefügt:

„Art. 164.9 – Anweisungsbefugter

In seiner Funktion als Anweisungsbefugter legt das Kollegium fest, welchen Bediensteten es die Anweisungsbefugnis überträgt und welches der Umfang der übertragenen Befugnisse ist. Außerdem kann es darin die Möglichkeit vorsehen, die Anweisungsbefugnis weiter zu übertragen.

Die Anweisungsbefugnis kann nur Personen übertragen oder weiter übertragen werden,



auf die das Dienstrecht oder die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der betreffenden Gemeinde Anwendung finden.

Die bevollmächtigten oder nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten werden nur in den mit der Übertragungs- oder Weiterübertragungsverfügung vorgegebenen Grenzen tätig. Der zuständige bevollmächtigte oder nachgeordnet bevollmächtigte Anweisungsbefugte kann dabei von einem oder mehreren Bediensteten unterstützt werden, deren Aufgabe es ist, unter der Verantwortung des Ersteren bestimmte für die Ausführung des Haushaltsplans und die Rechnungslegung erforderliche Operationen durchzuführen.“

Art. 41 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.10 eingefügt:

„Art. 164.10 – Aufgaben der Anweisungsbefugten

§1 - Dem Anweisungsbefugten obliegt es, die Einnahmen und Ausgaben nach den Grundsätzen der Haushaltsführung auszuführen sowie deren Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit zu gewährleisten.

§2 - Zur Ausführung der Ausgaben nimmt der Anweisungsbefugte Mittelbindungen vor, geht rechtliche Verpflichtungen ein, stellt Ausgaben fest und erteilt die entsprechenden Zahlungsanweisungen.

§3 - Die Mittelbindung besteht darin, zulasten der Verpflichtungsermächtigungen die Mittel vorzumerken, die erforderlich sind, um Zahlungen, die sich aus einer rechtlichen Verpflichtung ergeben, zu einem späteren Zeitpunkt leisten zu können.

Der Anweisungsbefugte, der eine Mittelbindung vornimmt, überzeugt sich von der Richtigkeit der haushaltsmäßigen Zuordnung, der Verfügbarkeit der Mittel, der Ordnungsmäßigkeit und Übereinstimmung der Ausgabe mit den geltenden Rechtsvorschriften und dem Haushalt sowie der Einhaltung der Grundsätze der Haushaltsführung.

§4 - Die Feststellung einer Ausgabe ist die Handlung, durch die der Anweisungsbefugte den Anspruch des Zahlungsempfängers, das Bestehen und die Höhe der Forderung und die Fälligkeit der Forderung prüft.

§5 - Die Anweisung der Ausgaben ist die Handlung, mit der der Anweisungsbefugte, nachdem er sich von der Verfügbarkeit der Mittel überzeugt hat, durch Ausstellung einer Zahlungsanweisung den Rechnungspflichtigen anweist, den Betrag der von ihm festgestellten Ausgabe auszusahlen.

Die vom Anweisungsbefugten erteilten und auf die Gemeindekasse lautenden Zahlungsanweisungen werden vom Bürgermeister oder seinem Stellvertreter unterschrieben sowie vom Generaldirektor gegengezeichnet .

§6 - In folgenden Fällen kann der Anweisungsbefugte gleichzeitig eine Mittelbindung vornehmen und die entsprechende Ausgabe feststellen:

1. wenn es sich um eine feste Ausgabe wie Gehalt oder Sozialabgaben handelt;
2. wenn die Ausgabe einen Betrag, den die Regierung festlegt, nicht überschreitet.

§7 - Die Ausführung der Einnahmen umfasst die Feststellung der Forderungen und die Erteilung der Einziehungsanweisung. Außerdem umfasst sie gegebenenfalls den Verzicht auf festgestellte Forderungen.

§8 - Die Feststellung einer Forderung ist die Handlung, durch die der Anweisungsbefugte

das Vorliegen der Verbindlichkeiten des Schuldners überprüft, das Bestehen und die Höhe der Schuld bestimmt oder überprüft und die Fälligkeit der Schuld prüft.

Nach Feststellung einer Forderung erteilt der Anweisungsbefugte dem Rechnungspflichtigen eine Einziehungsanordnung und setzt den Schuldner in Kenntnis über den zu zahlenden Betrag, die Art der Schuldforderung, ihre haushaltsmäßige Anrechnung sowie die Zahlungsmodalitäten und die Zahlungsfrist.“

Art. 42 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.11 eingefügt:

„Art. 164.11 – Rechnungspflichtiger

§1 – In seiner Funktion als Rechnungspflichtiger nimmt der Finanzdirektor der Gemeinde folgende Aufgaben wahr:

1. Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Zahlungen, der Annahme der Einnahmen und der Einziehung der festgestellten Forderungen;
2. Erstellung und Vorlage der Rechnungen gemäß den Bestimmungen von Abschnitt 4 des vorliegenden Kapitels;
3. Rechnungsführung gemäß den Bestimmungen von Abschnitt 4 des vorliegenden Kapitels;
4. Festlegung der Regeln und Methoden der Rechnungsführung und des Kontenplans gemäß den Bestimmungen von Abschnitt 4 des vorliegenden Kapitels;
5. Festlegung und Validierung der Rechnungsführungssysteme und gegebenenfalls Validierung der vom Anweisungsbefugten definierten Systeme, die zur Produktion oder Begründung von Rechnungsführungsdaten verwendet werden sollen;
6. Kassenführung.

§2 – Der Rechnungspflichtige erhält von den Anweisungsbefugten alle von diesen als zuverlässig garantierten Informationen, die für die Erstellung von Rechnungen erforderlich sind, die das Vermögen der Gemeinde und den Haushaltsvollzug wahrheitsgetreu abbilden.

§3 – In Abweichung von Artikel 164.8 stellt der Rechnungspflichtige bei unmittelbaren Einnahmen die Forderung fest.

§4 – Vorbehaltlich der in Artikel 164.12 vorgesehenen Ausnahmeregelung ist allein der Rechnungspflichtige ermächtigt, Barnittel und Werte zu handhaben. Er ist für ihre Verwahrung verantwortlich.

§5 – Der Rechnungspflichtige kann in Ausübung seines Amtes ihm unterstehenden Mitarbeitern bestimmte Aufgaben übertragen.“

Art. 43 - In denselben Unterabschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 164.12 eingefügt:

„Art. 164.12 – Zahlstellenverwalter

Der Rechnungspflichtige kann Personalmitglieder der Gemeinde mit der Zahlung und der Verpflichtung kleinerer Ausgaben und der Einziehung von Bareinnahmen beauftragen.

Für Zahlungen in geringer Höhe, deren Höchstbetrag vom Rechnungspflichtigen festgelegt wird, und für die Annahme von anderen Einnahmen als Eigenmitteln können Zahlstellen eingerichtet werden, für die der Rechnungspflichtige Mittel bereitstellt. Diese Zahlstellen unterstehen den vom Rechnungspflichtigen benannten Zahlstellenverwaltern.

Der Zahlstellenverwalter führt ein Kassenbuch.“



Art. 44 - In Titel 4 Kapitel 4 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 3, der die Artikel 165 bis 165.6 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 3 – Allgemeine Buchhaltung“

Art. 45 - Artikel 165 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 165 - Buchführung

Die Gemeinden führen eine allgemeine Buchhaltung. Die allgemeine Buchhaltung umfasst eine Finanzbuchhaltung und eine Kosten- und Leistungsrechnung.“

Art. 46 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 3 desselben Dekrets wird folgender Artikel 165.1 eingefügt:

„Art. 165.1 - Finanzbuchhaltung

§1 – Die Finanzbuchhaltung basiert auf dem Prinzip der doppelten Buchhaltung und liefert ein getreues Bild der finanziellen und vermögensrechtlichen Situation sowie des Ergebnisses der Gemeinde. Zu diesem Zweck registriert sie das Vermögen, die Rechte, die Verbindlichkeiten und die Verpflichtungen der Gemeinde.

Die Regierung legt die Buchführungsregeln und -methoden sowie den einheitlichen Kontenplan fest, der von allen Gemeinden anzuwenden ist. Der Kontenplan ist in Bilanzklassen unterteilt.

§2 – Das Rechnungsjahr läuft vom 1. Januar bis zum 31. Dezember desselben Jahres.

§3 – Jede Verrichtung wird auf Grundlage eines datierten Beweisstückes unmittelbar in die Bücher und Konten der allgemeinen Buchhaltung eingetragen, getreu, vollständig und chronologisch geordnet. Sie wird dem Rechnungsjahr zugeordnet, in dem die Rechte festgestellt werden. Die Eintragung in die allgemeine Buchhaltung erfolgt zeitgleich mit der unter Artikel 164.1 angeführten Haushaltsbuchhaltung.

§4 – Die Bücher und die Kontenführung gewährleisten die Kontinuität sowie die Rechtmäßigkeit und die Unwiderruflichkeit der Eintragungen.

Alle Beweisbelege werden methodisch klassiert und aufbewahrt. Die Regierung legt die Modalitäten und die Fristen der Aufbewahrung der Bücher und der Belege fest.

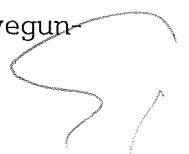
Der für die Aufbewahrung der Bücher und der Beweisstücke verwendete Datenträger muss die Unwiderruflichkeit sowie die Zugänglichkeit der Daten während der vorgeschriebenen Aufbewahrungsfrist sicherstellen.

§5 – Die Regierung legt fest, auf welchen elektronischen Datenverarbeitungssystemen die Buchhaltung der Gemeinden erfolgt.“

Art. 47 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 165.2 eingefügt:

„Art. 165.2 – Nachverfolgung der Kassenbewegungen

Die allgemeine Buchhaltung erlaubt eine ständige Nachverfolgung der Kassenbewegungen und die Erstellung von periodischen Kassenlagen.“



Art. 48 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 165.3 eingefügt:

„Art. 165.3 – Kosten- und Leistungsrechnung

Die allgemeine Buchhaltung beinhaltet eine Kosten- und Leistungsrechnung, die es erlaubt, alle zur Geschäftsführung zweckdienlichen Informationen zu liefern, insbesondere die Kosten der Dienstleistungen zu ermitteln.“

Art. 49 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 165.4 eingefügt:

„Art. 165.4 - Inventar

Jedes Jahr wird zum 31. Dezember ein vollständiges Inventar aller Bestandteile des Vermögens der Gemeinde erstellt. Es beinhaltet alle Besitztümer und Rechte aller Art sowie die Schulden und Verpflichtungen aller Art. Dieses Inventar ist auf dieselbe Weise wie die Bilanzklassen des unter Artikel 165.1 §1 aufgeführten Kontenplans geordnet.

Die Regierung kann die weiteren Modalitäten festlegen.“

Art. 50 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 165.5 eingefügt:

„Art. 165.5 – Zuordnung zum Rechnungsjahr

Die Rechte können nur dann einem Rechnungsjahr zugeordnet werden, wenn sie im Laufe dieses Jahres festgestellt wurden. Allerdings werden die am 31. Dezember festgestellten Rechte, die nicht vor dem 15. Februar des darauf folgenden Jahres gebucht werden, einem nachfolgenden Jahr zugeordnet.“

Art. 51 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 165.6 eingefügt:

„Art. 165.6 - Löschung

Die zugunsten der Gemeinde festgestellten Rechte erlöschen durch ihre Begleichung, ihre Annullierung oder ihre Verjährung.“

Art. 52 – In Titel 4 Kapitel 4 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 4, der die Artikel 166 bis 166.1 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 4 – Rechnungslegung“

Art. 53 – Artikel 166 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 166 - Rechnungslegung

Die Rechnungslegung umfasst:

1. den Beschlussentwurf zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres mit den Jahresrechnungen;
2. die Allgemeine Rechtfertigungserklärung.

Die in Absatz 1 erwähnten Jahresrechnungen umfassen:

1. die Bilanz zum 31. Dezember;
2. die auf Basis der Lasten und Erträge erstellte Ergebnisrechnung;
3. eine Analyse der Bilanz, aus der hervorgeht, dass alle festgestellten Rechte und eingegangenen Verpflichtungen gebucht worden sind und dass die Saldi der Kontenbewegungen sich im Umlaufvermögen der Bilanz widerspiegeln;
4. eine zusammenfassende Rechnung der Haushaltsverrichtungen des Jahres in

Einnahmen und Ausgaben;

5. die Haushaltsausführungsrechnungen gemäß Artikel 164.3;

6. eine zusammenfassende Übersicht der offenen Mittelbindungen zum 31. Dezember.

Die Allgemeine Rechtfertigungserklärung umfasst die Erläuterungen zur Rechnungslegung. Ihr sind eine Übersicht über die Verwaltung der Gemeindefinanzen während des Rechnungsjahrs, auf das sich diese Rechnungslegung bezieht, sowie die Liste der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen, für die der Rat das Vergabeverfahren und die Bedingungen festgelegt hat, zwingend beizufügen.

Die Gemeinde legt im Rahmen der in Absatz 2 Nummer 2 erwähnten Bilanz die relevanten Informationen über Eventualverbindlichkeiten offen, die sich erheblich auf den Haushalt auswirken können, darunter Bürgschaften, notleidende Darlehen und Verbindlichkeiten aus der Tätigkeit öffentlicher Unternehmen, und Informationen über Beteiligungen am Kapital privater oder öffentlicher Unternehmen bezüglich wirtschaftlich erheblicher Beträge.“

Art. 54 – In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 4 desselben Dekrets wird folgender Artikel 166.1 eingefügt:

„Art. 166.1 – Grundsätze der Rechnungslegung

§1 – Die Rechnungslegung muss hinsichtlich folgender Elemente regelmäßig, wahrheitsgetreu und vollständig sein und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermitteln:

1. in den Haushaltsausführungsrechnungen: hinsichtlich der Elemente der Ausführung des Haushaltsplans in Einnahmen und Ausgaben;

2. in den Jahresabschlüssen: hinsichtlich der Aktiva, der Passiva, des Aufwands und des Ertrags, der nicht bei den Aktiva und Passiva erfassten Forderungen und Verbindlichkeiten sowie der Zahlungsströme.

§2 – Die Jahresabschlüsse werden nach folgenden Grundsätzen erstellt:

1. Kontinuität der Tätigkeiten;

2. Vorsichtsprinzip;

3. Stetigkeit der Rechnungsführungsmethoden;

4. Vergleichbarkeit der Daten;

5. relative Wesentlichkeit;

6. Bruttoprinzip;

7. Vorrang der Wirklichkeit gegenüber dem äußeren Anschein;

8. Periodenrechnung.“

Art. 55 – In Titel 4 Kapitel 4 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 5, der die Artikel 167 bis 167.1 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 5 – Kontrolle“

Art. 56 – Artikel 167 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 167 – Zurücksendung von Zahlungsanweisungen

Vor der Zahlung sendet der Rechnungspflichtige jede Zahlungsanweisung an das Kollegium zurück:

1. wenn die zugrunde liegenden Dokumente unvollständig sind oder ihre Bestandteile mit den Anlagen nicht übereinstimmen;

2. wenn sie nicht zugelassene Streichungen oder Markierungen aufweisen;

3. wenn sie nicht durch Belege begründet werden oder wenn die Belege der Lieferungen, Arbeiten oder sonstigen Leistungen entweder die erforderlichen Genehmigungen, oder die Empfangs- oder Zertifizierungsvermerke zur Beglaubigung der Tatsächlichkeit der

Forderung oder der erbrachten und akzeptieren Dienstleistung nicht anführen;

4. wenn die Ausgabe auf Zuwendungen angerechnet wird, die ihr fremd sind;

5. wenn der Haushaltsplan oder die Beschlüsse zur Eröffnung von Sonderhaushaltsmitteln vorsehen, dass die Ausgabe nicht innerhalb der Begrenzungen der genehmigten vorläufigen Mittel oder gemäß Artikel 170.5 bezahlt werden kann;

6. wenn die Ausgabe die verfügbaren Mittel der sie betreffenden Zuwendungen des Haushaltsplans überschreitet;

7. wenn die Ausgabe ganz oder teilweise bereits Gegenstand einer vorherigen Auszahlung gewesen ist;

8. wenn die Ausgabe gegen die Gesetze, Verordnungen oder Beschlüsse des Gemeinderats verstößt."

Art. 57 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 167.1 eingefügt:

„Art. 167.1 - Anrechnungen

Im Fall eines in Artikel 102 §3 Absatz 3 erwähnten ungünstigen Gutachtens des Finanzdirektors oder in den Fällen, die in Artikel 167 vorgesehen sind, kann das Kollegium unter seiner Verantwortung beschließen, dass die Ausgabe angerechnet und getätigt werden muss. In diesem Fall wird der begründete Beschluss des Kollegiums der Zahlungsanweisung beigelegt und der Rat wird unmittelbar davon in Kenntnis gesetzt. Das Kollegium kann ebenfalls beschließen, seinen Beschluss dem Rat auf dessen nächstfolgender Sitzung zur Ratifizierung vorzulegen."

Art. 58 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 167.2 eingefügt:

„Art. 167.2 - Internes Audit

Für die Überwachung der Haushaltsdurchführung und der Buchführung der Gemeinde im Rahmen des in Artikel 98 §4 erwähnten internen Controlling-Systems richtet die Gemeinde einen internen Auditdienst ein, dessen Aufgabe es ist, die Funktionsweise der Haushaltsausführung und der Buchführung der Gemeinde sowie ihres Systems der internen Kontrolle zu überwachen. Sie sorgt für die notwendige Unabhängigkeit des Auditdienstes und legt seine Arbeitsweise fest. Der Auditdienst übt eine überwachende und eine beratende Funktion aus. Ein Auditdienst kann für mehrere oder alle Gemeinden tätig sein.

Die Arbeitspläne eines solchen Auditdienstes, seine Feststellungen und seine Empfehlungen sowie die angewandten Verfahren werden in einem Jahresbericht gefasst. Der Auditdienst teilt diesen Jahresbericht dem Anweisungsbefugten mit, der ihn anschließend der Regierung zur Kenntnisnahme weiterleitet."

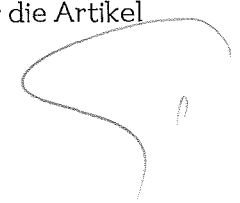
Art. 59 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 167.3 eingefügt:

„Art. 167.3 - Berichterstattung

Der Rechnungspflichtige verfasst jährlich einen Bericht über die gemäß Artikel 164.6 Absätze 2 und 4 aufgeführten Ausgaben. Dieser Bericht wird sowohl dem Rat als auch der Regierung vorgelegt."

Art. 60 - In Titel 4 Kapitel 4 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 6, der die Artikel 168 bis 168.3 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 6 - Eintreibung der festgestellten Forderungen"



Art. 61 – Artikel 168 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 168 – *Beanstandung festgestellter Forderungen*

Wenn die gemäß Artikel 164 festgestellten Forderungen durch die Schuldner beanstandet werden, informiert der zuständige Rechnungspflichtige den Anweisungsbefugten. Dieser befindet über die Beanstandung. In der Zwischenzeit setzt der Rechnungspflichtige die Eintreibung der festgestellten Forderung aus.

Die beanstandeten Forderungen werden durch den Anweisungsbefugten teilweise oder vollständig annulliert oder bestätigt. Seine Entscheidungen werden dem Rechnungspflichtigen mitgeteilt, der gegebenenfalls die notwendigen Eintragungen in der allgemeinen Buchhaltung und in der Haushaltsbuchhaltung vornimmt.“

Art. 62 – In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 6 desselben Dekrets wird folgender Artikel 168.1 eingefügt:

„Art. 168.1 – *Zahlungserleichterungen*

Der Rechnungspflichtige kann unter den durch die Regierung festgelegten Rahmenbedingungen Zahlungsaufschübe oder Zahlungserleichterungen gewähren für Schuldner, die nachweislich in finanziellen Schwierigkeiten sind.“

Art. 63 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 168.2 eingefügt:

„Art. 168.2 – *Gerichtsweg*

Unbeschadet der Anwendung von Artikel 102 §3 Absatz 1 können die am Fälligkeitstag nicht entrichteten festgestellten Forderungen durch den Rechnungspflichtigen protokolliert und durch den Anweisungsbefugten auf dem Gerichtsweg eingeklagt werden.“

Art. 64 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 168.3 eingefügt:

„Art. 168.3 – *Nicht eintreibbare Forderungen*

§1 – Unbeschadet der Bestimmungen von Titel 5 werden festgestellte Forderungen durch den Anweisungsbefugten als ganz oder teilweise nicht eintreibbar erklärt, wenn:

1. sie aufgrund von Artikel 175 bzw. der gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen verjährt sind;
2. die geschätzten Eintreibungskosten höher sind als der Betrag der festgestellten Forderung;
3. die Insolvenz der Schuldner durch Gerichtsvollzieher oder Steuerbehörden bescheinigt wird;
4. sie auf im Konkurs oder in der Auflösung befindliche Gesellschaften ausgestellt sind und der Konkursverwalter die Nichteintreibbarkeit der Forderung bescheinigt.

In diesen Fällen verbucht der Rechnungspflichtige eine entsprechende Wertminderung in der allgemeinen Buchhaltung und gegebenenfalls in der Haushaltsbuchhaltung.

§2 – In Abweichung von Artikel 164.9 erfolgt die in Paragraph 1 erwähnte Erklärung der Nichteintreibbarkeit durch den Anweisungsbefugten selbst, ohne Möglichkeit einer Übertragung dieser Befugnis an einen bevollmächtigten oder nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten.

§3 – Jede Einzahlung, die nach der in Paragraph 1 erwähnten Erklärung der Nichteintreibbarkeit erfolgt, wird in der allgemeinen Buchhaltung und in der Haushaltsbuchhaltung als

eine unmittelbare Einnahme gebucht.“

Art. 65 - In Titel 4 Kapitel 4 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 7, der die Artikel 169 bis 169.1 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 7 – Vermögensveräußerungen“

Art. 66 - Artikel 169 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 169 - Veräußerungen

Unter Vorbehalt anders lautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen können die beweglichen und unbeweglichen Vermögensgüter der Gemeinden, die nicht mehr verwendet werden können, aber einen Handelswert aufweisen, veräußert werden.“

Art. 67 - In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 7 desselben Dekrets wird folgender Artikel 169.1 eingefügt:

„Art. 169.1 – Abgeschriebene Vermögenswerte

Die Vermögensgüter, die in der allgemeinen Buchhaltung vollständig abgeschrieben und noch in Gebrauch sind, werden im Inventar ohne Wert aufgeführt.“

Art. 68 - In Titel 4 Kapitel 4 desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 8, der die Artikel 170 bis 174 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 8 - Besondere Haushaltsbestimmungen“

Art. 69 - Artikel 170 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 170 – Haushaltsgliederung

§1 - Der Haushalt einer Gemeinde umfasst:

1. den Haushaltsbeschluss mit dem Haushaltsplan der Einnahmen und dem allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan;
2. die Allgemeine Rechtfertigungserklärung mit den Erläuterungen zu den Haushaltsplänen der Einnahmen und Ausgaben, den administrativen Ausgabenhaushaltsplan, die Liste der mehrjährigen Verpflichtungen und die Liste der Bürgschaften.

§2 - Der Haushaltsbeschluss enthält die für das Haushaltsjahr mit den Einnahmen und Ausgaben verbundenen Bestimmungen, einschließlich der Ermächtigung für das Kollegium, Anleihen innerhalb festgelegter Grenzen und Bestimmungen aufzunehmen.

§3 - Der Haushaltsplan der Einnahmen listet die geschätzten Einnahmen nach ihrem Entstehungsgrund gemäß der wirtschaftlichen Klassifizierung auf. Die geschätzten Beträge begrenzen nicht die festzustellenden Rechte.

Einziges Gliederungsebene des Haushaltsplanes der Einnahmen ist der Einnahmenartikel. Jeder Einnahmenartikel wird durch eine Umschreibung identifiziert und gemäß der wirtschaftlichen und der funktionellen Klassifizierung kodiert.

§4 - Der Ausgabenhaushaltsplan listet die voraussichtlich benötigten Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen auf.

Erste Gliederungsebene des Ausgabenhaushaltsplanes ist der Organisationsbereich. Er umfasst die Mittel für die gesamten Tätigkeiten eines bestimmten Aufgabenbereiches der Gemeinde.

Zweite Gliederungsebene des Ausgabenhaushaltsplanes ist das Programm. Pro

Organisationsbereich gibt es ein oder mehrere Verwaltungs- und Tätigkeitsprogramme. Die Verwaltungsprogramme enthalten die zur Wahrnehmung der Aufgaben eines Organisationsbereiches nötigen Personal-, Betriebs- und Investitionsmittel. Die Tätigkeitsprogramme enthalten die spezifischen Mittel zur Erfüllung der einzelnen Zielsetzungen des Organisationsbereiches.

Dritte Gliederungsebene des Ausgabenhaushaltsplans ist die Zuweisung. Jede Zuweisung wird durch eine Umschreibung identifiziert und gemäß der wirtschaftlichen und der funktionellen Klassifizierung kodiert.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden pro Programm vorgesehen und genehmigt. Die Ausgabeermächtigungen werden pro Programm vorgesehen und für den gesamten Haushalt genehmigt.

§5 – Die Allgemeine Rechtfertigungserklärung umfasst die Erläuterungen zum Haushalt. Ihr sind zwingend beizufügen:

1. eine Übersicht über die allgemeine und die Finanzpolitik sowie die Verwaltungs- und Geschäftslage der Gemeinde;
2. der administrative Haushaltsplan als dritte Gliederungsebene des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplanes. Jedes Programm ist in eine oder mehrere Zuweisungen unterteilt mit Mitteln für bestimmte Tätigkeiten. Jede Zuweisung wird durch eine Umschreibung identifiziert und gemäß der wirtschaftlichen und der funktionellen Klassifizierung kodiert;
3. einen mittelfristigen Haushaltsrahmen und eine mehrjährige Finanzplanung, ihre jeweiligen eventuellen Anpassungen sowie die Begründung jeder eventuellen Abweichung im Haushalt gegenüber dem mittelfristigen Haushaltsrahmen;
4. eine Liste der mehrjährigen Verpflichtungen der Gemeinde gemäß Artikel 170.1;
5. eine Liste der Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen der Gemeinde;
6. eine Liste der Forderungen, die gemäß Artikel 168.3 als nicht eintreibbar erklärt wurden.

§6 – Die Regierung kann ein verbindliches Grundraster für die Haushaltsgliederung der Gemeinden festlegen.“

Art. 70 – In Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 8 desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.1 eingefügt:

„Art. 170.1 – Anleihen, und mehrjährige Verpflichtungen

Die Regierung legt die Vorschriften zu den Anleihen und mehrjährigen Verpflichtungen fest.“

Art. 71 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.2 eingefügt:

„Art. 170.2 – Erstellung der Haushalte und der Haushaltsanpassungen

Das Kollegium stellt den Haushaltsentwurf auf und übermittelt jedem Ratsmitglied ein Exemplar spätestens sieben Tage vor der Ratssitzung.

Die Regierung legt die weiteren Richtlinien und die Arbeitsweise für die Erstellung der Haushalte und der Haushaltsanpassungen fest.

Die Anpassung des Haushalts erfolgt in der gleichen Art und Weise wie die Aufstellung des Haushalts und unter Beachtung der Haushaltsgliederung gemäß Artikel 170. Die verschiedenen Tabellen des Haushaltsplans der Einnahmen und des Ausgabenhaushaltsplans

werden aktualisiert, wobei der Vergleich der ursprünglichen und der angepassten Mittel aufgezeigt wird.

Die Haushaltsanpassung wird von dem Rat verabschiedet und anschließend gemäß den Bestimmungen des Dekrets vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets durch die Regierung gebilligt.“

Art. 72 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.3 eingefügt:

„Art. 170.3 – *Provisorische Haushaltsmittel*

Falls der Haushalt einer Gemeinde nicht vor dem von der Regierung festgelegten Datum verabschiedet wurde, muss der Rat einen durch besondere Umstände begründeten Beschluss über das Zurückgreifen auf provisorische Mittel fassen, für die ausführbare Mittel im Haushalt des vorigen Rechnungsjahres eingetragen waren.

Ist der Haushaltsplan zum 1. Januar des Rechnungsjahres festgestellt, aber noch nicht gebilligt, kann ohne spezifischen Beschluss auf die provisorischen Zwölftel zurückgegriffen werden.“

Art. 73 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.4 eingefügt:

„Art. 170.4 – *Rückzahlungen*

§1 – In Bezug auf Gehälter, Vorschüsse auf Gehälter und Entschädigungen, Zulagen oder Leistungen, die zu den Gehältern gehören oder gleicher Art sind, stehen Beträge, die von den Gemeinden, autonomen Gemeinderegionen und Interkommunalen, die ausschließlich aus Gemeinden des deutschen Sprachgebiets zusammengesetzt sind, unrechtmäßig gezahlt werden, denjenigen, die sie erhalten haben, endgültig zu, wenn ihre Rückzahlung nicht innerhalb einer Frist von höchstens fünf Jahren ab dem 1. Januar des Jahres der Zahlung gefordert wird.

§2 – Um gültig zu sein, muss dem Schuldner die Aufforderung zur Rückzahlung per Einschreiben notifiziert werden und folgende Angaben enthalten:

1. Gesamtbetrag der zurückgeforderten Summen mit einer pro Jahr erstellten Übersicht der unrechtmäßigen Zahlungen;
2. Bestimmungen, gegen die bei der Zahlung verstoßen worden ist.

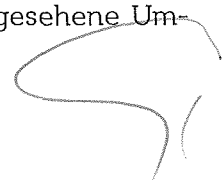
Ab Aufgabe des Einschreibens kann die Rückforderung des unrechtmäßig gezahlten Betrags in der durch das allgemeine Recht für die Verjährung persönlicher Klagen vorgesehenen Frist erfolgen.

§3 – Die in Paragraph 1 festgelegte Frist wird auf zehn Jahre angehoben, wenn die unrechtmäßig gezahlten Beträge infolge betrügerischer Machenschaften oder falscher oder wissentlich unvollständiger Erklärungen bezogen wurden.“

Art. 74 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.5 eingefügt:

„Art. 170.5 – *Dringende Ausgaben*

Der Rat kann Ausgaben bestreiten, die durch zwingende und unvorhergesehene Umstände erforderlich werden.



Sollte die geringste Verzögerung einen offensichtlichen Schaden verursachen, kann das Kollegium die Ausgabe auf seine Verantwortung bestreiten unter der Bedingung, den Rat, der über Annahme oder Ablehnung der Ausgabe beschließt, unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen.

Die Mitglieder des Kollegiums, die Zahlungsanweisungen erteilt haben für Ausgaben, die in Ausführung der Absätze 1 und 2 bestritten worden sind, bei der definitiv abgeschlossenen Rechnung jedoch abgelehnt wurden, sind persönlich verpflichtet, den entsprechenden Betrag in die Gemeindekasse einzuzahlen.“

Art. 75 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.6 eingefügt:

„Art. 170.6 - Bekanntmachung des Haushaltsplans und der Rechnungen

Haushaltspläne und Rechnungslegungen werden im Gemeindehaus bereitgelegt, wo jeder sie an Ort und Stelle einsehen kann.

Auf diese Offenlegung wird mindestens mittels Aushang am Rathaus hingewiesen, der auf Betreiben des Kollegiums innerhalb eines Monats nach der Verabschiedung der Haushaltspläne und Rechnungslegungen angebracht wird. Die Bekanntmachung bleibt mindestens während zehn Tagen angeschlagen.

Die Gemeinden legen unverzüglich nach Billigung durch die Regierung eine Zusammenfassung des Haushalts und der Rechnungslegung in einem von der Regierung festgelegten Format auf ihrer Website offen.“

Art. 76 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.7 eingefügt

„Art. 170.7 - Neuverteilung der Zuweisungen

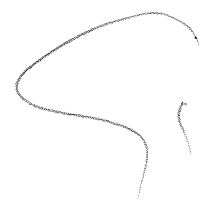
Im Laufe des Haushaltsjahres kann das Kollegium die Verteilung der Haushaltsmittel auf die Zuweisungen des Ausgabenhaushaltsplans anpassen. Bei jeder Neuverteilung werden die Mittelerhöhungen vollständig durch Mittelminderungen ausgeglichen.

Ausschließlich innerhalb des für die Infrastrukturausgaben vorgesehenen Organisationsbereichs können die Verpflichtungsermächtigungen neu auf alle Zuweisungen dieses Organisationsbereichs verteilt werden.

Auf Ebene der Verpflichtungsermächtigungen können die Mittel eines Programms neu auf die Zuweisungen des Programms verteilt werden. Umfasst der Ausgabenhaushaltsplan nur eine Gliederungsebene, können die Verpflichtungsermächtigungen nicht neu verteilt werden.

Auf Ebene der Ausgabenermächtigungen können die Mittel neu auf die Zuweisungen des Haushalts verteilt werden.

Nimmt das Kollegium eine Neuverteilung der Haushaltsmittel auf die Zuweisungen des Ausgabenhaushaltsplans vor, informiert es den Rat in der darauffolgenden Sitzung sowie die Regierung.“



Art. 77 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.8 eingefügt:

„Art. 170.8 - Anpassungs- und Korrekturbuchungen

Der Finanzdirektor kann Anpassungsbuchungen vornehmen bis zur Übermittlung der Haushaltsausführungsrechnung und des Jahresabschlusses innerhalb der unter Artikel 170.9 vorgesehenen Fristen. Diese Anpassungen beziehen sich nur auf wichtige Ereignisse, die sich im Laufe des betreffenden Rechnungsjahres ergeben haben und die unvorhersehbar oder deren Auswirkung zum Zeitpunkt der Kontenabschlüsse nicht bekannt waren.

Korrekturbuchungen infolge der Ausübung der Verwaltungsaufsicht können noch bis zum endgültigen Zeitpunkt der Billigung durch die Regierung bzw. bis zur Überschreitung der Billigungsfrist durch den Rechnungspflichtigen vorgenommen werden.“

Art. 78 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.9 eingefügt:

„170.9 – Jahresabschlüsse

Der Rat schließt die Jahresrechnungen des vorigen Rechnungsjahres jährlich zu dem von der Regierung festgelegten Datum ab.“

Art. 79 – In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 170.10 eingefügt:

„Art. 170.10 – Zahlungen

Eine Zahlung aus der Gemeindekasse darf nur aufgrund einer gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels im Haushaltsplan eingetragenen Zuweisung, aufgrund einer Entscheidung gemäß Artikel 170.5 oder aufgrund eines im Rahmen der von der Regierung festgelegten Bedingungen und Grenzen bewilligten provisorischen Haushaltsmittelbetrags erfolgen.

Die Mitglieder des Kollegiums sind persönlich verantwortlich für die von ihnen unter Verstoß gegen Absatz 1 eingegangenen Ausgabenverpflichtungen oder erteilten Zahlungsanweisungen.“

Art. 80 – Artikel 171 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 81 – Artikel 172 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 82 – Artikel 173 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 83 – Artikel 174 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 84 – In der Überschrift von Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 3 desselben Dekrets, der die Artikel 175 bis 176 umfasst, wird die Wortfolge „Abschnitt 3“ durch die Wortfolge „Abschnitt 9“ ersetzt.

Art. 85 – In Artikel 175 desselben Dekrets wird die Wortfolge „Artikel 176“ durch die Wortfolge „Artikel 170.4“ ersetzt.

Art. 86 – Artikel 176 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 87 – In der Überschrift von Titel 4 Kapitel 4 Abschnitt 4 desselben Dekrets, der die Artikel 177 bis 183 umfasst, wird die Wortfolge „Abschnitt 4“ durch die Wortfolge

„Abschnitt 10“ ersetzt.

Art. 88 – In Artikel 185 desselben Dekrets wird folgender Absatz 4 eingefügt:

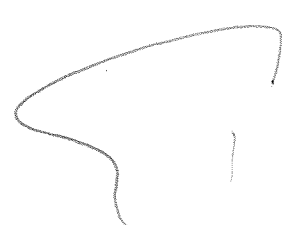
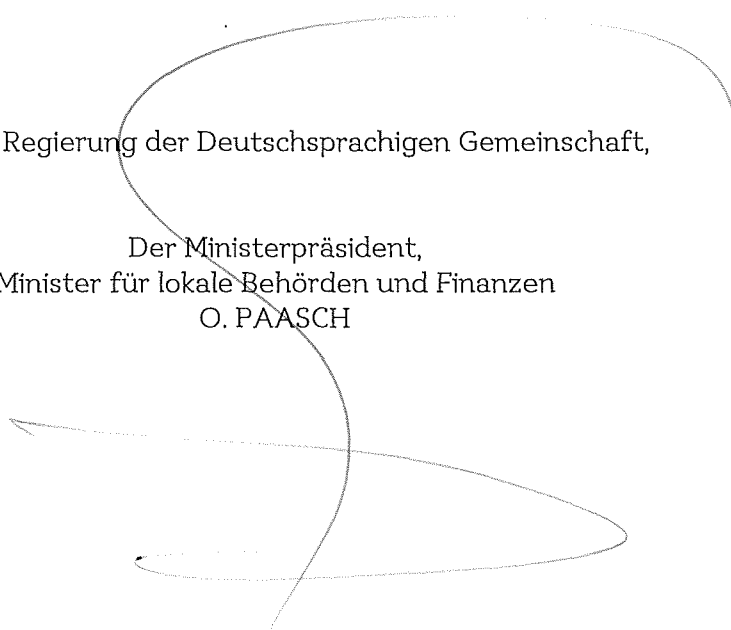
„Die kommunalen Zuschlagshundertstel auf die Staats- und Regionalsteuern werden gemäß den für die Erhebung der Steuern, denen sie hinzugefügt werden, festgelegten Regeln eingetrieben.“

Art. 89 – Vorliegendes Dekret tritt an einem von der Regierung festgelegten Datum und spätestens am 1. Januar 2024 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH



GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Pouvoirs locaux ;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière de Pouvoirs locaux est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

AVANT-PROJET DE DÉCRET MODIFIANT LE DÉCRET COMMUNAL DU 23 AVRIL 2018

CONTENU

Ce projet de décret vise la modification du décret communal du 23 avril 2018 afin d'intégrer les communes de la Région de langue allemande dans le périmètre de consolidation budgétaire de la Communauté germanophone.

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	2
Explications générales	2
Commentaire des articles	3
Avant-projet	21
Annexe	
Avis des Communes	41

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

1. Contexte

Le présent projet de décret vise à créer le fondement juridique permettant d'intégrer presque entièrement dans le décret communal du 23 avril 2018 les dispositions actuelles du règlement budgétaire de la Communauté germanophone et donc de pouvoir l'appliquer aux communes. La mise en œuvre des présentes dispositions budgétaires permettra à bref délai d'établir des états financiers consolidés de l'ensemble du secteur public. Cela permet également d'en déduire plus rapidement des prévisions plus parlantes en vue d'atteindre l'équilibre budgétaire.

Depuis quelques années déjà, des normes européennes obligent la Communauté germanophone à coopérer de manière encore plus étroite et plus efficace avec ses partenaires publics. Ainsi, le six-pack de réforme du pacte de stabilité et de croissance de l'UE, entré en vigueur le 13 décembre 2011, notamment l'article 13 de la directive 2011/85/UE, prévoit que :

« [...] mettent en place des mécanismes appropriés de coordination entre les sous-secteurs des administrations publiques, afin d'assurer l'intégration complète et cohérente de tous ces sous-secteurs des administrations publiques dans la programmation budgétaire, dans l'élaboration de règles budgétaires chiffrées spécifiques au pays, ainsi que dans l'établissement des prévisions budgétaires [...] »

Les demandes sans cesse plus nombreuses de la part d'Eurostat, de l'Institut des comptes nationaux ou d'autres instances supérieures ne font qu'accroître les contrôles et la transmission de chiffres financiers consolidés en matière budgétaire et financière. Pour faire face à ces défis financiers, toutes les institutions publiques des secteurs (S1312 et S1313) qui, selon l'Institut pour des comptes nationaux, relèvent du compte général de la Communauté germanophone devraient de préférence disposer des mêmes réglementations, des mêmes outils d'analyse et de gestion et du même logiciel comptable. Les communes en font partie, elles qui, à côté des organisme d'intérêt public, sont les principaux acteurs financiers du secteur public.

C'est seulement par l'application conséquente d'instruments comptables uniformisés qu'il sera possible, à l'avenir, d'éviter la menace de déficits budgétaires, de réduire le solde net à financer (en allemand : « Nettoneuverschuldung ») ou de le contenir, selon le cas, et d'établir une planification financière commune pluriannuelle pour tous les organismes relevant du périmètre de consolidation de la Communauté germanophone.

Après l'adoption du décret, l'application de ces nouvelles règles comptables doit être réalisée par le biais d'une application informatique dédiée.

2. Approche

Une adaptation du décret communal du 23 avril 2018 est nécessaire afin de créer le cadre juridique pour l'intégration des communes de la Région de langue allemande dans le périmètre de consolidation budgétaire de la Communauté germanophone.

Pour ce faire, les réglementations pertinentes du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone ont été reprises dans le décret communal.

En revanche, il a été établi qu'il n'était pas opportun de faire figurer dans le décret communal certaines dispositions du règlement budgétaire de la Communauté germanophone. Ainsi, les dispositions concernant la Cour des comptes ou la responsabilité des acteurs financiers (articles 21, 27 à 30, 40 à 44, 46 et 47, 71, 72, 88, 89 et 95) n'ont pas été reprises, étant donné que la tutelle sur les communes est régie par le décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la Région de langue allemande. Il en va de même pour l'article 57, § 2, alinéa 2, du règlement budgétaire, relatif au subventionnement, étant donné que les conditions mises à l'attribution de subventions sont déjà fixées aux articles 177 et suivants.

Le 29 juillet 2019, les neuf communes de la région de langue allemande ont rendu un avis sur l'avant-projet de décret modifiant le décret communal du 28 avril 2018. Les questions soulevées par cette évaluation ont été discutées avec les représentants des neuf communes dans le cadre d'une séance d'information tenue le 22 janvier 2020. En conséquence, plusieurs points de l'avant-projet de décret ont été révisés. En outre, il a été précisé que d'autres adaptations seront effectuées ultérieurement, telles que l'adaptation du titre relatif aux taxes communales, l'implication des centres publics d'action sociale ou encore l'abrogation de certaines dispositions de l'arrêté du Régent du 18 juin 1946 relatif à la gestion financière des régies communales et de l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale, en exécution de l'article L1315-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

L'article 2 du décret communal, énonçant les définitions, est complété par deux notions reprises du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone (article 2, 10° et 11°), à savoir la classification économique et la classification fonctionnelle. Les deux concepts sont mentionnés dans la disposition du décret communal concernant la répartition budgétaire (article 170).

Article 2

L'article 28, § 1^{er}, du décret communal, relatif à la délibération sur le budget et les comptes, a été adapté afin de correspondre à la terminologie utilisée dans le règlement budgétaire de la Communauté germanophone et d'adapter le contenu des rapports déjà prévus dans le décret communal.

Article 3

L'article 60 du décret communal concernant les pouvoirs du collège a dû être adapté afin d'inclure la fonction d'ordonnateur dans les missions du collège communal. Cette fonction est décrite dans le nouvel article 164.9 du décret communal.

L'alinéa 3 a dû être ajouté au sens de la compatibilité avec les règles européennes dans le contexte de la directive 2011/85 du 8 novembre 2011 concernant les exigences en matière de cadre budgétaire des États membres. Cette disposition correspond à celle de l'article 60 du règlement budgétaire.

Article 4

Conformément à l'avis rendu par les communes le 29 juillet 2019, le nouvel article 60.1 du décret communal reprend l'article 12 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale, en exécution de l'article L1315-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation. En conséquence, le collège élabore le projet de budget après avoir recueilli l'avis d'une commission réunissant au moins un membre du collège, le directeur général et le directeur financier.

Article 5

L'article 61 du décret communal a dû être adapté pour prévoir la possibilité d'une délégation de compétence par le collège, comme par exemple dans le nouvel article 164.9.

Article 6

L'article 71 du décret communal a été complété conformément à l'avis des communes du 29 juillet 2019 afin que tous les procès-verbaux du conseil et du collège soient transmis au directeur financier. Le nouvel alinéa 3 correspond à l'article 4 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale, en exécution de l'article L1315-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation.

Article 7

L'article 98 du décret communal, concernant les fonctions du directeur général, a dû être adapté. Le directeur général reste compétent pour la mise en place d'un système de contrôle interne; la surveillance de ce système doit toutefois être confiée à une autre instance (nouvel article 167 du décret communal), étant donné que les deux fonctions ne peuvent pas être exercées par une seule et même personne. Conformément aux dispositions du règlement budgétaire de la Communauté germanophone, l'audit interne doit en fait être effectué par un service d'audit indépendant.

Article 8

L'article 102 du décret communal, concernant les missions du directeur financier a dû être adapté afin d'inclure la fonction de comptable en tant que mission du directeur financier. Cette fonction est décrite dans le nouvel article 164.11 du décret communal.

Étant donné que l'article 166 a été abrogé, le point c) devait être abrogé dans le § 2, 2°.

Article 9

Pour assurer une harmonie entre l'article 106 déjà existant du décret communal, concernant les caisses, et le nouvel article 164.12, concernant les gestionnaires de caisse, le contenu de l'alinéa 1^{er} de l'article 106 est repris à l'article 164.12. Il convient de noter que c'est le comptable et non plus le collège qui peut charger des membres du personnel du paiement de sommes plus faibles.

Article 10

(Harmonisation de la terminologie allemande).

Article 11

(Harmonisation de la terminologie allemande).

Article 12

À l'article 151, § 2, alinéa 2, du décret communal, concernant les marchés publics, le renvoi au budget ordinaire est supprimé étant donné que la distinction entre budget ordinaire et extraordinaire ne s'opère plus.

Le montant de délégation a été porté de 2 000 à 3 000 euros. Cela semble logique étant donné que le législateur fédéral a également augmenté le seuil des marchés publics qui peuvent être attribués sur simple facture acceptée.

En outre, les conséquences d'une délégation de pouvoirs au directeur général sur l'entame de la procédure et l'attribution des marchés publics ont été précisées.

Article 13

L'article 152, alinéa 1er, du décret communal devait être complété pour assurer le parallélisme avec le règlement budgétaire de la Communauté germanophone, et ce, afin de mettre en avant le principe de séparation entre les moyens d'une régie et la caisse de la commune.

Article 14

(Harmonisation de la terminologie allemande).

Article 15

La formulation de l'intitulé de la section 1^{re} du chapitre 4 du décret communal a été adaptée pour tenir compte de la nouvelle structure de la section.

Article 16

Le nouvel article 163 du décret communal, relatif à l'arrêt du budget, reprend l'ancien article 169, § 4, du décret communal et correspond à l'article 3 du règlement budgétaire de la Communauté germanophone. Le budget d'une commune est adopté par le conseil communal et ensuite approuvé par l'autorité de tutelle. Plus de détails sur la procédure d'adoption figurent aux articles 27 et 28 du décret communal.

Selon le principe de l'autorisation préalable, il doit toujours y avoir une autorisation avant d'effectuer une dépense. C'est pourquoi il faut que le budget soit adopté avant le début de l'exercice budgétaire. L'arrêt préalable du budget est une condition *sine qua non* pour une gestion budgétaire ordonnée. La seule restriction à ce principe, c'est la gestion budgétaire provisoire sur la base de crédits budgétaires provisoires.

Article 17

Le nouvel article 163.1 du décret communal prévoit l'importance et l'impact du budget et correspond à l'article 4 du règlement budgétaire. Grâce au budget, les recettes d'une commune sont estimées et les dépenses autorisées.

Le budget autorise l'ordonnateur à souscrire des engagements et à effectuer des dépenses. Il est essentiel que les crédits d'engagement et d'ordonnancement contenus dans le budget ne constituent pas en soi une base pour une prestation sur le budget, mais présentent seulement le cadre dans lequel s'inscrit cette prestation. En cas de crédits d'engagement et d'ordonnancement, la dotation budgétaire constitue le plafond de l'autorisation.

En ce qui concerne la perception des recettes, il faut créer toutes les conditions nécessaires pour percevoir en temps utile et entièrement les recettes prévisionnelles. Des recettes supplémentaires peuvent être perçues.

Le budget a un effet contraignant pour la gestion d'une commune. L'exécution du budget s'effectue selon les règles de droit public, notamment en vertu de dispositions budgétaires.

Article 18

Le nouvel article 163.2 du décret communal concerne le principe d'annualité et correspond à l'article 5 du règlement budgétaire. Un budget doit être établi pour chaque année; l'actuel article 169, alinéa 4, du décret communal prévoyait déjà cette obligation. Dans ce budget sont inscrits les recettes, les crédits d'engagement et d'ordonnancement qui seront perçues respectivement engagés au cours de cet exercice. L'exercice budgétaire correspond à l'année civile, conformément à l'ancien article 163 du décret communal. En cas de retard dans l'arrêt du budget, celui-ci entre en vigueur avec effet rétroactif au 1^{er} janvier de l'année en question. Cela vaut également pour d'éventuels feuillets d'ajustement budgétaire.

Article 19

Le nouvel article 163.3 du décret communal concerne le principe d'universalité et correspond à l'ancien article 171 du décret communal ainsi qu'à l'article 6 du règlement budgétaire. Ce principe prévoit que toutes les recettes servent à couvrir toutes les dépenses. La limitation des recettes à une utilisation particulière est en principe exclue. Le budget doit présenter les recettes et les dépenses de manière distincte; aucune liaison entre certaines recettes et certaines dépenses ne peut être établie au préalable.

Article 20

Le principe de vérité budgétaire mentionné dans le nouvel article 163.4 du décret communal correspond à l'article 7 du règlement budgétaire et exige d'estimer fidèlement les recettes, ainsi que les crédits d'engagement et d'ordonnancement, donc de ne les inscrire au budget que lorsqu'elles/ils sont susceptibles d'être perçues ou engagés, selon le cas, et uniquement pour leur montant exact. Le principe de vérité interdit, par exemple, de surestimer les recettes escomptées ou de sous-estimer les dépenses attendues, de n'équilibrer que formellement le budget en dissimulant ainsi un déficit

Article 21

Le nouvel article 163.5 du décret communal prévoit les principes d'économie, d'efficacité et d'efficacité et correspond à l'article 8 du règlement budgétaire.

Selon le principe de rigueur budgétaire, les ressources affectées sont mises à disposition au bon moment, en quantité suffisante, en qualité appropriée et au moindre coût.

Selon le principe de la viabilité économique il faut tendre vers le rapport le plus avantageux entre l'objectif poursuivi et les moyens à mettre en œuvre. La viabilité économique mesure le rapport entre les coûts et la prestation, entre l'input et l'output; il s'agit de répondre à la question suivante : « Agissons-nous correctement? »

Selon le principe d'efficacité il faut que l'effet réel corresponde le plus possible à l'effet recherché. L'efficacité mesure le degré de réalisation des objectifs; il s'agit de répondre à la question suivante : « Faisons-nous ce qu'il faut? »

Article 22

Le nouvel article 163.6 du décret communal concerne le principe d'universalité et d'unité du budget et correspond à l'article 9 du règlement budgétaire. Selon celui-ci, toutes les recettes et toutes les dépenses sont évaluées dans un budget unique et il convient d'en rendre compte. Ce principe interdit l'établissement de budgets extraordinaires et la possibilité de négliger délibérément une recette ou dépense prévisible.

Le présent décret tient compte de l'exigence d'unité formelle du document budgétaire, qui découle également de ce principe, dans la fixation de la structure budgétaire.

Article 23

Le principe d'imputation brute énoncé dans le nouvel article 163.7 du décret communal correspond à l'article 10 du règlement budgétaire et prévoit que des compensations entre les créances et dettes ou entre les dépenses et les recettes ne sont pas autorisées, sauf si les produits et charges découlent de la même opération, d'opérations similaires ou d'opérations de couverture, étant entendu que l'enveloppe financière des différents produits et charges doit être négligeable.

Article 24

Le nouvel article 163.8 du décret communal concerne le principe de spécialité et correspond à l'article 11 du règlement budgétaire. La spécification des prévisions budgétaires contribue à la transparence du budget. En conséquence, les recettes doivent être estimées séparément en fonction de la cause de leur survenance; les dépenses et les crédits d'engagement le seront en fonction de leur affectation.

La structure budgétaire permet de distinguer spécialité légale, administrative et économique. La spécialité légale se situe, en règle générale, au niveau des programmes, la spécialité administrative au niveau de l'allocation de base. La spécialité économique s'opère par le biais de la classification des allocations de base conformément au SEC 2010.

Article 25

Le nouvel article 163.9 du décret communal prévoit, conformément aux dispositions de l'article 12 du règlement budgétaire, que le budget des recettes contient les droits à constater au cours de l'exercice budgétaire. Une recette est inscrite dans l'exercice budgétaire au cours duquel est né le droit incontesté sur cette recette.

Article 26

Le nouvel article 163.10 du décret communal est consacré aux dépenses et correspond à l'article 13 du règlement budgétaire. Le présent projet de décret prévoit que l'autorisation des dépenses au budget concerne les crédits d'engagement et d'ordonnancement. Les

crédits d'engagement permettent d'engager des dépenses pour des obligations contractées au cours de l'exercice; les crédits d'ordonnancement permettent d'effectuer des dépenses pour honorer des obligations contractées durant l'année en cours ou durant les années précédentes.

Tous les crédits de dépense sont obligatoirement ventilés entre crédits d'engagement et crédits d'ordonnancement.

Le budget des dépenses prévoit des crédits d'engagement pour l'ensemble des obligations contractées au cours de l'exercice. Cette disposition est assouplie par le fait que pour les obligations récurrentes, qui ont un impact sur plusieurs années, seuls les montants dus au cours de l'année budgétaire seront prévus et engagés. Il s'agit pour l'essentiel de dépenses liées aux traitements et à la location de biens ou de services. Il s'agit de dépenses pour lesquelles un engagement au niveau de l'ensemble des obligations financières naissant au moment de la conclusion du contrat ou lors de l'engagement juridique, engagement qui représenterait sans aucun doute une charge budgétaire sans lien économique avec l'exercice budgétaire. Les obligations qui s'étalent certes sur plusieurs années, mais ne sont pas récurrentes, par exemple la passation des marchés de travaux, ne relèvent pas de la présente dérogation.

Article 27

La formulation de l'intitulé de la section 2 du chapitre 4 du décret communal a été adaptée pour tenir compte de la nouvelle structure de la section.

Article 28

Cette disposition introduit une sous-section 1^{re} - « Dispositions générales » dans la section 2 du chapitre 4 du décret communal

Article 29

Le nouvel article 164 du décret communal détermine, conformément à l'article 13.1 du règlement budgétaire, les conditions dans lesquelles un droit est considéré comme étant constaté : Le montant doit être déterminé avec précision et l'identité du débiteur doit être connue, il existe une obligation de paiement et un justificatif.

La définition du droit constaté vaut tant pour les recettes que pour les dépenses.

Article 30

Le nouvel article 164.1 du décret communal détermine, conformément à l'article 14 du règlement budgétaire, quelles recettes et dépenses seront effectivement imputées sur un exercice. Les droits constatés sont comptabilisés en tant que recettes, pas les recettes encaissées. Sont considérés comme dépenses à charge des crédits d'engagement les fonds engagés en vertu des obligations nées ou des engagements souscrits au cours de l'année budgétaire ainsi que, pour les obligations récurrentes, les montants dus au cours de l'année budgétaire. Sont considérées comme dépenses à charge des crédits d'ordonnancement les dépenses liquidées pendant l'année budgétaire.

L'alinéa 2 de l'article 164.1 reprend le contenu de l'article 173 du décret communal concernant les charges et les dépenses, lequel sera abrogé.

Article 31

En vertu du nouvel article 164.2 du décret communal et conformément aux dispositions de l'article 15, § 1^{er}, du règlement budgétaire, la comptabilité budgétaire doit permettre une vérification permanente de l'exécution des budgets.

Article 32

Le compte d'exécution du budget mentionné dans le nouvel article 164.3 du décret communal correspond à l'article 16 du règlement budgétaire et constitue la véritable évolution budgétaire. Elle donne une comparaison entre les chiffres budgétés et les chiffres réels pour les recettes et les dépenses et indique dans quelle mesure les crédits du budget ont été utilisés. Le compte d'exécution du budget épouse la structure du budget.

Article 33

Cette disposition introduit une sous-section 2 - « Utilisation des crédits budgétaires » dans la section 2 du chapitre 4 du décret communal.

Article 34

Le premier alinéa du nouvel article 164.4 du décret communal, qui correspond à l'article 17 du règlement budgétaire, prévoit que les recettes doivent être perçues entièrement et à temps. Cette disposition s'applique sans préjudice du titre V du décret communal. Les recettes doivent être perçues à l'échéance, indépendamment du fait qu'elles soient ou non inscrites au budget ou du montant de ladite inscription. Si un droit ne naît pas directement de la législation, il faut créer immédiatement les conditions nécessaires à son instauration. Faire valoir des intérêts de retard relève également de la perception complète des recettes. Les recettes budgétaires sont contrôlées dans le cadre d'une procédure automatisée.

Le deuxième alinéa rappelle l'impératif d'efficacité dans la gestion des dépenses. Les crédits d'engagement et d'ordonnancement doivent être gérés de manière telle qu'ils suffisent à couvrir toutes les dépenses correspondant à l'affectation indiquée dans le budget. À cette fin, les dépenses budgétaires sont contrôlées dans le cadre d'une procédure automatisée.

Le troisième alinéa établit que les crédits budgétaires ne peuvent être utilisés que sur la base de dispositions légales ou décrétales ainsi que d'arrêtés d'exécution ou de décisions portant délégation de pouvoir.

Article 35

Le nouvel article 164.5 du décret communal correspond à l'article 18 du règlement budgétaire et est une concrétisation du principe de spécialité au niveau de l'exécution du budget : les crédits budgétaires ne peuvent être utilisés que pour l'objectif pour lequel ils ont été inscrits au budget; une utilisation à des fins autres que celles indiquées n'est pas autorisée. L'interprétation de l'affectation déterminera si une affectation indiquée au budget permet, dans un cas concret, une utilisation des fonds pour une mesure donnée. Il s'agit d'une tâche importante lors de l'exécution du budget. Pour l'interprétation, il convient de se baser sur les commentaires relatifs au budget.

L'article prévoit également la concrétisation du principe d'annualité. En application de ce principe, les crédits d'engagement et d'ordonnancement deviennent caducs à la fin de

l'exercice budgétaire. Un report des crédits sur les exercices budgétaires futurs n'est pas autorisé.

Article 36

Le nouvel article 164.6 du décret communal concernant l'obligation légale et budgétaire correspond à l'article 19 du règlement budgétaire et détermine qu'un engagement à la charge des crédits d'engagement doit précéder toute obligation légale. Toutefois, il détermine également la primauté de l'obligation légale sur l'engagement budgétaire : d'une part, s'il existe une différence entre les montants des deux obligations, le montant de l'obligation budgétaire doit être adapté; d'autre part, tous les engagements qui n'ont pas été confirmés par une obligation légale deviennent caducs en fin d'exercice.

L'alinéa 4 permet d'accorder aux communes la flexibilité d'imputer des factures pour lesquelles, une obligation légale n'a pas été prise en amont en raison de l'introduction d'une donnée erronée.

Article 37

Le nouvel article 164.7 du décret communal concernant les obligations à charge du prochain budget prévoit, conformément aux dispositions de l'article 20 du règlement budgétaire, que les engagements nécessaires à la pérennité de la commune peuvent intervenir à partir du 1^{er} novembre d'une année à la charge des crédits d'engagement de l'exercice suivant, et ce, dans les limites des crédits budgétaires adoptés pour les dépenses correspondantes de l'année en cours. Lorsqu'il est fait usage de cette possibilité, il faut motiver expressément que la pérennité de la commune est gravement menacée sans l'engagement.

Article 38

Cette disposition introduit une sous-section 3 - « Acteurs financiers » dans la section 2 du chapitre 4 du décret communal.

Article 39

Le décret communal modifié prévoit, par analogie avec le décret relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, trois acteurs financiers : l'ordonnateur, le comptable et le gestionnaire de caisse.

L'ordonnateur de chaque commune est chargé d'exécuter les recettes et les dépenses suivant les principes d'efficience de la comptabilité budgétaire et d'en assurer la légalité et la régularité.

Le comptable veille à la bonne exécution des paiements, l'encaissement des recettes et le recouvrement des créances constatées. Il est responsable de la comptabilité. Il est habilité à gérer des liquidités et des valeurs.

Le gestionnaire de caisse est mandaté par le comptable, sous sa responsabilité, pour gérer une caisse. Le mandat peut être limité dans le temps.

L'article 164.8 du décret communal prévoit, conformément à l'article 22 du règlement budgétaire, que l'ordonnancement et la comptabilité sont des fonctions distinctes incompatibles.

Cette séparation des fonctions a notamment pour conséquence que les ordonnateurs ne peuvent pas utiliser de cartes de crédit au nom de la commune, étant donné qu'avec la carte de crédit, ils prendraient un engagement, constateraient la dépense et exécuteraient le paiement, le tout simultanément. Les cartes de crédit au nom de la commune peuvent être utilisées exclusivement par le comptable pour procéder aux paiements sur ordre d'un ordonnateur.

Article 40

Conformément au nouvel article 164.9 du décret communal, correspondant à l'article 23 du règlement budgétaire, chaque commune dispose d'un ordonnateur. Cette fonction est exercée par le collège communal conformément à l'article 60.

Les ordonnateurs peuvent désigner, parmi les agents de leur commune, des ordonnateurs délégués et des ordonnateurs subdélégués qui, dans leur travail, peuvent être soutenus par d'autres agents actifs, placés sous leur responsabilité. Le principe d'une possible délégation par le collège a été prévu à l'article 61 du décret communal.

Article 41

Le nouvel article 164.10 du décret communal correspond à l'article 24 du règlement budgétaire et fixe en détail les fonctions d'ordonnateur : Ils prennent des engagements et des obligations juridiques, constatent des dépenses et donnent les ordres de paiement y afférentes. En application de l'article 164.10, ces tâches peuvent être transférées en totalité aux ordonnateurs délégués ou subdélégués.

Le nouvel article 164.10, § 5, alinéa 2, reprend l'ancien article 168 du décret communal, étant entendu que les ordres de paiement ne doivent désormais plus être signés par un échevin.

Article 42

Le nouvel article 164.11 du décret communal correspond à l'article 25 du règlement budgétaire et fixe en détail les fonctions du comptable. Il y a un seul comptable par commune. Des comptabilités partielles peuvent, sous sa responsabilité, être tenues par d'autres agents de la commune.

Contrairement aux comptes soumis au règlement budgétaire de la Communauté germanophone (auxquels les dispositions de la loi du 16 mai 2003 s'appliquent), les comptes soumis au décret communal ne relèvent pas de la juridiction de la Cour des comptes.

Article 43

Conformément au nouvel article 164.12 du décret communal et par analogie avec l'article 26 du règlement budgétaire, des caisses peuvent être créées pour les paiements de faible montant et pour l'acceptation d'autres recettes que des fonds propres; ces caisses relèvent des gestionnaires de caisse désignés par le comptable.

Contrairement aux gestionnaires de caisse soumis au règlement budgétaire de la Communauté germanophone (auxquels les dispositions de la loi du 16 mai 2003 s'appliquent), les gestionnaires de caisse soumis au décret communal ne relèvent pas de la juridiction de la Cour des comptes.

Article 44

Cette disposition remplace la section 3.

Article 45

Le nouvel article 165 du décret communal correspond à l'article 31 du règlement budgétaire et impose à toutes les communes la tenue d'une comptabilité générale comprenant une comptabilité financière et une comptabilité analytique.

L'ancien article 165 relatif aux dépenses facultatives n'est plus nécessaire étant donné que, conformément à l'avis rendu par les communes le 29 juillet 2019, ces dépenses n'existent plus.

Article 46

La comptabilité financière fixée dans le nouvel article 165.1 du décret communal, correspondant à l'article 32 du règlement budgétaire, se fonde sur le principe de la comptabilité en partie double et fournit une image fidèle de la situation financière et patrimoniale ainsi que des résultats de la commune. Le Gouvernement fixe les règles et les méthodes comptables communes ainsi que le plan comptable uniforme, à appliquer par toutes les communes.

La comptabilité analytique est un instrument de gestion financière, ce pourquoi elle est « taillée sur mesure » pour chaque commune.

Le Gouvernement détermine la nature des supports électroniques à utiliser pour la comptabilité communale. Cette disposition donne au Gouvernement la possibilité de prescrire un programme comptable uniforme pour toutes les communes.

Article 47

Conformément au nouvel article 165.2 du décret communal, correspondant à l'article 33 du règlement budgétaire, la comptabilité générale doit assurer un suivi constant des mouvements de caisse et permettre la rédaction de rapports de caisse périodiques.

Article 48

Le nouvel article 165.3 du décret communal correspond à l'article 34 du règlement budgétaire et impose une comptabilité analytique qui permet de fournir toutes les informations utiles à la gestion et notamment d'identifier le coût des prestations.

Article 49

Le nouvel article 165.4 du décret communal prévoit qu'il faut chaque année, le 31 décembre, dresser un inventaire complet de tous les éléments patrimoniaux de la commune. Cet inventaire reprend tous les biens et tous les droits quels qu'ils soient ainsi que les dettes et les obligations quelles qu'elles soient. Le nouvel article correspond à l'article 35 du règlement budgétaire.

Le recensement qui mène à l'établissement dudit inventaire s'opère sur la base de documents comptables. Le gouvernement peut, pour l'une, plusieurs ou l'ensemble des communes, prescrire un état des lieux physique par chiffres, mesurages ou estimations.

Dans ce cas, il détermine également s'il s'agit d'un recensement à jour fixe, avancé ou reporté, permanent ou par coup de sonde.

Article 50

Conformément au nouvel article 165.5 du décret communal, correspondant à l'article 36 du règlement budgétaire, les droits ne peuvent être affectés à un exercice que s'ils ont été constatés au cours de cette année. Toutefois, les droits constatés le 31 décembre et non comptabilisés avant le 1^{er} mars de l'exercice suivant seront affectés à un exercice ultérieur.

Article 51

Le nouvel article 165.6 du décret communal, correspondant à l'article 37 du règlement budgétaire, prévoit que les droits constatés en faveur de la commune s'éteignent par leur paiement, leur annulation ou leur prescription.

Article 52

La formulation de l'intitulé de la section 4 du chapitre 4 du décret communal a été adaptée pour tenir compte de la nouvelle structure de la section.

Article 53

Le nouvel article 166 du décret communal, relatif à la comptabilité, correspond à l'article 38, alinéas 2 et 3, du règlement budgétaire.

Les comptes annuels d'une commune comprennent un aperçu de la gestion des finances communales conformément à l'ancien article 28, alinéa 5, du décret communal, mais également conformément aux dispositions de l'article 38, alinéa 3, du règlement budgétaire, le bilan au 31 décembre, le compte de résultats établi sur la base des charges et produits, ainsi qu'une analyse du bilan, dont il ressort que tous les droits constatés et engagements pris ont été enregistrés et que les soldes des transactions se reflètent dans l'actif circulant du bilan. L'objectif de cette analyse est de prouver la concordance entre la comptabilité budgétaire et la comptabilité financière. Enfin, les comptes comprennent un compte de récapitulation des opérations budgétaires de l'année, en recettes et en dépenses.

Article 54

Le nouvel article 166.1 du décret communal correspond à l'article 39 du règlement budgétaire et concerne les principes de la reddition des comptes. Les comptes annuels sont établis sur la base des principes comptables suivants : la continuité des activités, la prudence, la permanence des méthodes comptables, la comparabilité des informations, l'importance relative, la non-compensation, la prééminence de la réalité sur l'apparence et la comptabilité d'exercice.

Le principe de précaution prévoit que les actifs ou les produits ne sont pas surestimés ni les passifs ou les charges sous-estimés. Le principe de précaution ne permet cependant pas la création de réserves latentes ou des provisions excessives.

Le principe de continuité des activités implique que les comptes annuels sont établis en se basant sur une durée de vie illimitée des communes. C'est en particulier lors de l'évaluation des actifs et de l'endettement qu'il faut en tenir compte dans les comptes annuels. Le patrimoine est en principe évalué sur la base du prix d'acquisition et les biens d'usage courant doivent être amortis systématiquement sur leur durée de vie escomptée.

Le principe de la permanence des méthodes comptables prévoit que la structure des différentes composantes des comptes annuels, ainsi que les méthodes comptables et les règles d'évaluation ne peuvent pas être modifiées d'un exercice à l'autre.

Le principe de la comparabilité des données prévoit que chaque poste des comptes annuels reprend la mention du montant fixé pour le poste correspondant lors de l'exercice précédent.

Selon le principe de l'importance relative, les états financiers doivent transmettre des informations essentielles sur la situation de la commune au niveau patrimonial, financier et des produits et les distinguer des informations non essentielles.

L'importance relative se calcule notamment en fonction de la nature de l'opération ou de son montant.

Le principe d'imputation brute prévoit que des compensations entre les créances et dettes ou entre les dépenses et les recettes ne sont pas autorisées, sauf si les produits et charges découlent de la même opération, d'opérations similaires ou d'opérations de couverture, étant entendu que l'enveloppe financière des différents produits et charges doit être négligeable.

Le principe de la prééminence de la réalité sur l'apparence prévoit que les événements comptables repris dans les comptes annuels seront présentés en fonction de leur nature économique.

En ce qui concerne la comptabilité d'exercice, les charges sont enregistrées lorsqu'elles sont encourues plutôt que lorsqu'elles font l'objet d'un paiement effectif, les produits lorsqu'ils sont gagnés, plutôt que lors du recouvrement effectif. Cela est contraire au compte des recettes et dépenses, où les transactions financières et autres événements ne sont comptabilisés qu'après perception ou liquidation effective, selon le cas.

Le rapport prévu au § 2, alinéa 2, relatif aux passifs éventuels et aux participations d'une commune dans le capital d'entreprises publiques ou privées, qui peuvent avoir une incidence considérable sur les finances publiques, correspond à l'obligation européenne pour tous les sous-secteurs de l'État de rendre publiques les informations pertinentes, et ce, conformément à l'article 14, 3°, de la directive 2011/85.

Article 55

Cette disposition insère une section 5 intitulée « Contrôle ».

Article 56

Le nouvel article 167 du décret communal reprend, conformément à l'avis des communes du 29 juillet 2019, l'article 64 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale, en exécution de l'article L1315-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation. Cette liste répertorie les cas dans lesquels le comptable peut renvoyer des ordres de paiement à l'ordonnateur.

Article 57

Conformément à l'avis rendu par les communes le 29 juillet 2019, le nouvel article 167.1 du décret communal reprend l'article 60 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale, en exécution de l'article L1315-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation. La procédure de renvoi d'un ordre de paiement à l'ordonnateur est décrite.

Article 58

Conformément à l'article 45 du règlement budgétaire, un audit interne est prévu par le nouvel article 167.2 du décret communal, relatif à ce sujet. Jusqu'à présent, le directeur général était, conformément à l'article 98, compétant tant pour la mise en place d'un système de contrôle interne que pour son suivi, y compris en matière d'exécution budgétaire et de comptabilité de la commune, ce qui n'est plus compatible avec le principe de séparation des fonctions. Les remarques formulées par les communes ont été prises en compte lors de la rédaction de cette disposition.

Article 59

Le nouvel article 167.3 du décret communal instaure l'établissement, par le directeur financier, d'un rapport concernant les factures mentionnées à l'article 164.6, alinéas 2 et 4, qui ont été comptabilisées alors qu'aucun engagement légal correspondant n'avait été pris en raison d'une donnée erronée.

Article 60

Cette disposition insère une section 6 « Recouvrement des créances constatées ».

Article 61

Le nouvel article 168 du décret communal correspond à l'article 48 du règlement budgétaire et établit que l'ordonnateur de la commune, en cas de contestation de créances constatées, statue sur le maintien, la réduction ou l'annulation de la créance. Cette compétence peut être déléguée à des ordonnateurs délégués ou subdélégués.

Article 62

Le nouvel article 168.1 du décret communal correspond à l'article 49 du règlement budgétaire et établit que le comptable, dans les conditions fixées par le Gouvernement, peut accorder des reports ou facilités de paiement aux débiteurs qui sont manifestement confrontés à des difficultés financières.

Article 63

Selon le nouvel article 168.2 du décret communal, correspondant à l'article 50 du règlement budgétaire, les ordonnateurs poursuivent, par la voie judiciaire, les créances constatées non acquittées à l'échéance. Cela ne s'appliquera naturellement que si aucune facilité de paiement n'a pu être négociée.

Conformément à l'avis des communes du 29 juillet 2019, la disposition a été adaptée. Cette adaptation ne supprime pas la possibilité de recourir à un huissier.

Article 64

Le nouvel article 168.3 du décret communal correspond à l'article 51 du règlement budgétaire et établit que, dans certaines conditions, les ordonnateurs peuvent déclarer en tout ou partie irrécouvrables des créances constatées. Aucune délégation n'est possible. Si une créance est déclarée irrécouvrable, une recette négative est enregistrée dans la comptabilité budgétaire. Cela peut conduire à ce qu'un article de recette figure avec un solde négatif dans le compte d'exécution du budget.

Article 65

Cette disposition insère une section 7 « Cessions d'actif ».

Article 66

Le nouvel article 169 du décret communal correspond à l'article 52 du règlement budgétaire et permet la cession d'actifs des communes, qu'ils soient meubles ou immeubles.

Article 67

Le nouvel article 169.1 du décret communal établit que les biens patrimoniaux meubles totalement amortis dans la comptabilité générale, mais encore utilisés, sont indiqués sans valeur dans l'inventaire. Il correspond à l'article 53 du règlement budgétaire. La durée utile des biens est fixée dans l'arrêté d'exécution.

Article 68

Cette disposition insère une section 8 - « Dispositions particulières ».

Article 69

Le nouvel article 170 du décret communal fixe, par analogie avec l'article 57 du règlement budgétaire de la Communauté germanophone, la ventilation des budgets des communes. La classification économique subsiste. Les notions de crédits d'engagement et de crédits d'ordonnancement, usuelles pour toutes les institutions de la Communauté germanophone, sont en revanche neuves pour les communes.

Cette structure correspond pour l'essentiel à la répartition budgétaire prévue dans le règlement budgétaire pour l'administration centrale : répartition par article des recettes dans le budget des recettes, ventilation par division organique, programme et allocations dans le budget des dépenses. L'autorisation est donnée au niveau des programmes pour les crédits d'engagement et au niveau du budget pour les crédits d'ordonnancement.

La programmation budgétaire pluriannuelle mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 2°, et au § 5, 2°, résulte du cadre budgétaire à moyen terme et se base sur les prévisions économiques de l'ICN. Elle comprend les éléments suivants :

1° des prévisions pour chaque poste majeur de dépenses et de recettes des administrations publiques, à politiques inchangées;

2° une description des mesures envisagées à moyen terme ayant un impact sur les finances des administrations publiques, ventilées par poste de dépenses et de recettes important, qui montre comment l'ajustement permet d'atteindre les objectifs budgétaires à moyen terme en comparaison des projections à politiques inchangées;

Le § 5, 1°, est repris de l'article 28, alinéa 4, du décret communal. Les autres éléments de la justification générale du budget sont repris de l'article 57, § 5, à condition qu'ils soient pertinents au niveau communal.

Le Gouvernement peut fixer une grille de base pour la structure du budget des communes.

Article 70

Conformément aux dispositions de l'article 170.1 du décret communal, le Gouvernement établit le prescrit en matière d'emprunts et d'obligations pluriannuelles, par exemple dans la circulaire budgétaire annuelle. Cette disposition est conforme aux articles 58, 77 et 92 du règlement budgétaire.

Article 71

Le nouvel article 170.2 du décret communal est conforme aux articles 59, 78 et 93 du règlement budgétaire et contient les dispositions relatives à l'établissement des budgets et aux ajustements budgétaires. Il est construit comme pour les institutions de la Communauté germanophone.

Les ajustements budgétaires devraient en principe être réalisés au plus tôt à la clôture de la reddition des comptes. Si, en fin d'année, les dernières modifications sont présentées trop tard pour approbation et que le Gouvernement ne peut dès lors statuer avant le 31 décembre de l'exercice, les modifications et les différents engagements ne sont pas exécutoires. La circulaire annuelle relative à l'établissement des documents budgétaires pour les communes de la région de langue allemande le prévoyait déjà.

Toutes les règles de fond valables pour le budget initial sont aussi applicables à ses modifications.

Article 72

La règle décrite dans le nouvel article 170.3 du décret communal à propos des crédits budgétaires provisoires est reprise de l'article 14 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 5 juillet 2007 portant le règlement général de la comptabilité communale, en exécution de l'article L1315-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, ainsi que de la circulaire budgétaire communiquée chaque année aux communes par le Gouvernement. Cette disposition est conforme aux articles 60, 79 et 94 du règlement budgétaire.

Si le budget n'est pas adopté dans le délai prescrit, une décision motivée par des circonstances particulières est nécessaire pour pouvoir recourir à des crédits provisoires. Simplement indiquer que le budget n'a pas été adopté n'est pas une justification suffisante. Depuis 2014, il peut exclusivement être recouru aux douzièmes provisoires pour des dépenses obligatoires et des dépenses dans le domaine de la sécurité.

Si le budget a été adopté, mais n'a pas été approuvé en temps utile, aucune décision spécifique n'est requise pour recourir à des moyens provisoires.

Les décisions relatives aux crédits provisoires sont soumises, selon l'article 12 du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la Région de langue allemande, à l'approbation du Ministre compétent pour la tutelle administrative.

Pour de plus amples informations sur les crédits budgétaires provisoires, il faut se reporter à la circulaire annuelle.

Article 73

L'article 170.4 du décret communal concerne les remboursements. Le contenu de l'article 176 a été repris à cet endroit pour créer une suite logique.

Article 74

Le nouvel article 170.5 du décret communal sur les dépenses urgentes reprend le contenu de l'article 167. L'ordre des dispositions a été remanié pour une meilleure lisibilité.

Article 75

Le nouvel article 170.6 du décret communal concerne la publicité du budget et des comptes et reprend le contenu de l'article 170. L'ordre des dispositions a été remanié pour une meilleure lisibilité.

Article 76

L'article 170.7 du décret communal relatif à la nouvelle répartition des allocations est conforme aux articles 68, 81 et 96 du règlement budgétaire et prévoit la possibilité de revoir en cours d'exercice la répartition des crédits d'engagement sur les allocations d'un programme et des crédits d'ordonnancement sur les allocations du budget. Toute nouvelle répartition à une date ultérieure sera considérée comme un ajustement budgétaire.

Si l'allocation est le seul niveau de répartition du budget des dépenses, aucune redistribution des crédits d'engagements ne peut être opérée. La nouvelle répartition est effectuée par le collège.

Article 77

L'article 170.8 du décret communal, relatif aux ajustements et corrections, correspond aux articles 70, 83 et 98 du règlement budgétaire et ouvre la possibilité d'effectuer des ajustements ou corrections, selon le cas, après clôture de l'exercice. Les ajustements sont opérés avant la transmission du compte d'exécution du budget et de la reddition des comptes à l'autorité de tutelle, les corrections le sont sur la base des résultats de la tutelle administrative.

Article 78

L'article 170.9 reprend l'actuel article 169, alinéa 1^{er}, du décret communal.

Article 79

L'article 170.10 du décret communal reprend le contenu de l'actuel article 165.

Article 80

L'article 171 du décret communal, relatif à l'équilibre budgétaire, est supprimé et son contenu est repris dans le nouvel article 163.2 du décret communal relatif au principe de l'annualité.

Article 81

L'article 172 du décret communal, relatif au règlement général de la comptabilité communale, est abrogé.

Article 82

Pour des raisons de lisibilité, l'article 173 du décret communal relatif aux charges et dépenses est abrogé et son contenu est repris dans l'article 164.1, alinéa 2, relatif à l'imputation des recettes et des dépenses.

Article 83

L'article 174, § 1^{er}, du décret communal est devenu superflu étant donné que le report n'est plus possible.

L'article 174, § 2, est également supprimé. L'alinéa 1^{er} n'est pas nécessaire et l'alinéa 2 est repris à l'article 185 concernant le recouvrement de taxes communales.

Article 84

Par cette disposition, l'ancienne section 3 devient la section 9.

Article 85

Le renvoi à l'article 175 a dû être adapté à la nouvelle numérotation des articles.

Article 86

L'article 176 du décret communal, concernant les remboursements, est supprimé et son contenu est repris dans l'article 164.5.

Article 87

Par cette disposition, l'ancienne section 4 devient la section 10 du décret communal.

Article 88

L'article 185 du décret communal est complété par le contenu de l'article 174 § 2, alinéa 2.

Article 89

Cet article détermine l'entrée en vigueur. Le Gouvernement peut déterminer une date d'entrée en vigueur antérieure par commune.

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret modifiant le décret communal du 23 avril 2018

Article 1^{er} – À l'article 2 du décret communal du 23 avril 2018, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° l'article est complété par un 9° rédigé comme suit :
« 9° classification économique » : la classification uniforme des recettes et des dépenses budgétaires dans le cadre du système européen des comptes économiques nationaux; »
- 2° l'alinéa est complété par un 10° rédigé comme suit :
« 10° classification fonctionnelle » : la classification internationale des dépenses de l'État par champs d'action. »

Art. 2 – À l'article 28, § 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :
1° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :
« Ledit projet est accompagné de la justification générale mentionnée, selon le cas, à l'article 166, alinéa 3, ou à l'article 170, § 5, avec un exposé général. »;

- 2° l'alinéa 4 est abrogé;
- 3° l'alinéa 5 est abrogé;
- 4° dans l'alinéa 7, qui devient l'alinéa 5, les mots « du rapport » sont remplacés par les mots « de la justification générale ».

Art. 3 – À l'article 60 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :
1° l'alinéa 1^{er} est complété par un 11° rédigé comme suit :
« 11° d'exercer la fonction d'ordonnateur conformément à l'article 164.9. »;

- 2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :
« Dans le courant du mois suivant la fin de chaque trimestre, le collège communique les données budgétaires et comptables au Gouvernement. Celui-ci fixe le contenu et les modalités de cette communication. »

Art. 4 – Dans le titre 2, chapitre 2, section 6, du même décret, il est inséré un article 60.1 rédigé comme suit :

« Art. 60.1 – *Commission pour l'établissement du budget*

Le collège établit le projet de budget après avoir recueilli l'avis d'une commission où siègent au moins un membre du collège désigné à cette fin, le directeur général et le directeur financier. Cette commission doit donner son avis sur la légalité et les implications financières prévisibles du projet de budget, en ce compris la projection sur plusieurs exercices de l'impact au service ordinaire des investissements significatifs. Le rapport écrit de cette commission doit faire apparaître clairement l'avis de chacun de ses membres, tel qu'émis au cours de la réunion, même si l'avis doit être présenté d'une manière unique. Ce rapport doit être joint au projet de budget présenté au conseil et au budget soumis à l'approbation du Gouvernement.

Cette procédure doit également être appliquée à toutes les modifications budgétaires ultérieures.

L'avis de chacun des membres de cette commission doit être clairement repris dans le compte-rendu de la commission si des opinions divergentes apparaissent. L'absence de l'avis de cette commission ne peut que conduire à la non-approbation du budget ou de la modification budgétaire concernés.

Le rapport écrit de cette commission sera établi selon le modèle arrêté par le Gouvernement. »

Art. 5 – L'article 61 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :
« Le collège peut déléguer la compétence d'ordonnancement conformément à l'article 164.9, alinéa 1^{er}. »

Art. 6 – L'article 71 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :
« Tous les procès-verbaux du conseil et du collège sont immédiatement notifiés au directeur financier. »

Art. 7 – L'article 98, § 4, alinéa 1^{er}, du même décret, est remplacé par ce qui suit :
« Sans préjudice de l'article 167, le directeur général est chargé de la mise en place et de la surveillance d'un système de contrôle interne. »

Art. 8 – À l'article 102 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :
1° dans le § 1^{er}, l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante :
« Par ailleurs, il exerce la fonction de comptable conformément à l'article 164.11. »;
2° dans le § 2, 2°, le c) est abrogé.

Art. 9 – À l'article 106 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :
1° l'alinéa 1^{er} est abrogé;
2° dans l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 1^{er}, les mots « Ces membres du personnel » sont remplacés par les mots « Les membres du personnel mentionnés à l'article 164.12 ».

Art. 10 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 11 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 12 – À l'article 151 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :
1° dans le § 2, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :
« Le conseil peut déléguer ses compétences mentionnées au § 1^{er} au directeur général pour des crédits d'engagement à concurrence de 3 000 euros. »;
2° le § 3 est complété par un alinéa rédigé comme suit :
« En cas de délégation des pouvoirs du conseil au directeur général, mentionnée au § 2, alinéa 2, les pouvoirs du collège mentionnés dans le présent paragraphe sont exercés par le directeur général. Dans ce cas, l'obligation d'information mentionnée au § 1^{er}, alinéa 2, n'est pas applicable. »

Art. 13 – L'article 152, alinéa 1^{er}, du même décret est complété par la phrase suivante :
« Les moyens des régies doivent être gérés séparément de la caisse communale ».

Art. 14 – L'article 153 du même décret est remplacé par ce qui suit :
« Art. 153 - Comptable

Les recettes et dépenses des régies communales peuvent être effectuées par un comptable spécial. Ce comptable est soumis aux mêmes règles que les directeurs financiers en ce qui concerne la nomination, les sanctions disciplinaires ainsi que la responsabilité. »

Art. 15 – Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, l'intitulé de la section 1^{re}, comportant les articles 163 à 163.10, est remplacé par ce qui suit :
« Section 1^{re} - Dispositions budgétaires générales ».

Art. 16 – L'article 163 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 163 - Arrêt du budget*

Le budget d'une commune pour l'année à venir est arrêté, avant le début de l'exercice budgétaire, à la date fixée par le Gouvernement et ensuite approuvé par ce dernier conformément aux dispositions du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la Région de langue allemande. »

Art. 17 – Dans le titre 4, chapitre 4, section 1^{re}, du même décret, il est inséré un article 163.1 rédigé comme suit :

« *Art. 163.1 - Signification et effet du budget*

Le budget est destiné à fixer et à couvrir les besoins financiers estimés nécessaires pour l'exécution des missions de la commune au cours de la période budgétaire. Il sert de base à la gestion financière et économique.

Le budget permet à la commune de souscrire des engagements et d'effectuer des dépenses.

Le budget n'a pas pour effet de créer ou d'annuler des prétentions ou des obligations. »

Art. 18 – La même section du même décret est complétée par un article 163.2 rédigé comme suit :

« *Art. 163.2 - Annualité*

Les crédits inscrits au budget sont autorisés pour la durée d'un exercice budgétaire. L'exercice budgétaire commence le 1^{er} janvier et s'achève le 31 décembre de la même année. »

Art. 19 – La même section du même décret est complétée par un article 163.3 rédigé comme suit :

« *Art. 163.3 - Couverture globale*

L'ensemble des recettes couvre l'ensemble des dépenses.

Les recettes peuvent être affectées à une utilisation à des fins spécifiques dans la mesure où la loi ou le décret le permet. »

Art. 20 – La même section du même décret est complétée par un article 163.4 rédigé comme suit :

« *Art. 163.4 - Vérité budgétaire*

Pour l'établissement du budget, seules seront inscrites les recettes probables ainsi que les crédits d'engagement et les crédits d'ordonnancement nécessaires pour l'exécution des missions de la commune. »

Art. 21 – La même section du même décret est complétée par un article 163.5 rédigé comme suit :

« *Art. 163.5 - Économie, efficience et efficacité*

Les principes d'économie, d'efficience et d'efficacité doivent être respectés lors de l'établissement et de l'exécution du budget. Des enquêtes d'efficience appropriées doivent être effectuées pour toutes les mesures à incidence financière.

Art. 22 - La même section du même décret est complétée par un article 163.6 rédigé comme suit :

« *Art. 163.6 - Universalité et unité*

Il y a lieu d'arrêter un budget pour chaque année budgétaire.

Le budget contient toutes les recettes attendues au cours de l'année budgétaire, tous les crédits d'engagement estimés nécessaires et toutes les dépenses probables.

Le budget autorise tout engagement et toute dépense au profit de tiers. »

Art. 23 - La même section du même décret est complétée par un article 163.7 rédigé comme suit :

« *Art. 163.7 - Imputation brute*

Les recettes et les dépenses seront inscrites séparément et avec leur montant total.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le Gouvernement peut autoriser des exceptions au principe de l'imputation brute, notamment pour les frais accessoires et les rentrées complémentaires provenant d'opérations d'achat et de vente. Dans ces cas, le calcul du montant inscrit doit figurer dans les informations relatives au budget. »

Art. 24 - La même section du même décret est complétée par un article 163.8 rédigé comme suit :

« *Art. 163.8 - Spécialité*

Les recettes seront inscrites suivant la cause de leur survenance, les crédits d'engagement et d'ordonnancement suivant leur destination, et ce, séparément. »

Art. 25 - La même section du même décret est complétée par un article 163.9 rédigé comme suit :

« *Art. 163.9 - Recettes*

L'estimation des recettes concerne les droits à constater au profit de la commune au cours de l'année budgétaire, y compris les recettes affectées éventuelles. »

Art. 26 - La même section du même décret est complétée par un article 163.10 rédigé comme suit :

« *Art. 163.10 - Dépenses*

L'autorisation des dépenses concerne :

1° les crédits d'engagement : des fonds peuvent être engagés à concurrence de ce montant pour les obligations souscrites au cours de l'année budgétaire. Pour les obligations récurrentes, qui ont un impact sur plusieurs années, seuls les montants dus au cours de l'année budgétaire sont engagés;

2° les crédits d'ordonnancement : des dépenses peuvent être liquidées pour ce montant afin de remplir les engagements souscrits pendant l'année en cours ou pendant les années antérieures.

Art. 27 - Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, l'intitulé de la section 2, comportant les articles 164 à 164.12, est remplacé par ce qui suit :

« Section 2 - Exécution du budget et comptabilité budgétaire ».

Art. 28 - Dans la même section du même décret, il est inséré une sous-section 1^{re},

comportant les articles 164 à 164.3, intitulée comme suit :

« Sous-section 1^{re} - Dispositions générales »

Art. 29 – L'article 164 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 164 - Droits constatés

Un droit est considéré comme constaté lorsque :

- 1° le montant précis a été déterminé;
- 2° l'identité du débiteur ou du créancier est connue;
- 3° l'obligation de paiement existe et
- 4° une pièce justificative est disponible. »

Art. 30 – Dans le titre 4, chapitre 4, section 2, sous-section 1^{re}, du même décret, il est inséré un article 164.1 rédigé comme suit :

« Art. 164.1 - Imputation des recettes et des dépenses

Sont imputés sur le budget d'une année déterminée :

- 1° comme recettes : les droits constatés au cours d'une année budgétaire, y compris les droits afférents aux recettes affectées;
- 2° comme dépenses à charge des crédits d'engagement : les fonds engagés en vertu des obligations nées ou des engagements souscrits au cours de l'année budgétaire ainsi que, pour les obligations récurrentes, les montants dus au cours de l'année budgétaire;
- 3° comme dépenses à charge des crédits d'ordonnancement : les dépenses liquidées pendant l'année budgétaire.

Le conseil est tenu de porter annuellement au budget des dépenses toutes celles que les lois ou décrets mettent à la charge de la commune et spécialement les suivantes :

- 1° les secours aux fabriques d'église et aux établissements chargés de la gestion du temporel des cultes reconnus, conformément aux dispositions applicables en la matière, en cas d'insuffisance constatée des moyens de ces établissements;
- 2° l'indemnité de logement des ministres des cultes, lorsque le logement n'est pas fourni en nature;
- 3° les dotations et autres dépenses prévues dans les dispositions y relatives en vigueur pour les CPAS, les zones de police et les zones de secours.

Lorsqu'une des dépenses obligatoires intéresse plusieurs communes, elles y concourent toutes proportionnellement à l'intérêt qu'elles peuvent y avoir. En cas de refus ou de désaccord, c'est le Gouvernement qui statue. »

Art. 31 - La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.2 rédigé comme suit :

« Art. 164.2 - Contrôle permanent

La comptabilité budgétaire est tenue d'une telle manière qu'elle permet un contrôle permanent des dépenses inscrites aux budgets. »

Art. 32 - La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.3 rédigé comme suit :

« Art. 164.3 - Compte d'exécution du budget

Le compte d'exécution budgétaire est composé de tableaux subdivisés de la même manière que les budgets. Il reprend, outre les estimations et les engagements, les opérations comptables effectuées conformément à l'article 164.1. »

Art. 33 - Dans le titre 4, chapitre 4, section 2, du même décret, il est inséré une sous-section 2, comportant les articles 164.4 à 164.7, intitulée comme suit :

« Sous-section 2 - Utilisation des crédits budgétaires ».

Art. 34 - La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.4 rédigé comme suit :

« Art. 164.4 - *Perception des recettes et liquidation des dépenses*

Les recettes doivent être perçues entièrement et à temps.

Les dépenses ne sont liquidées que dans la mesure où elles sont nécessaires pour la gestion financière. Les crédits d'engagement et d'ordonnancement doivent être gérés de manière telle qu'ils suffisent à couvrir toutes les dépenses correspondant à l'affectation indiquée dans le budget.

L'utilisation des crédits budgétaires accordés a lieu en application des lois et décrets et des arrêtés d'exécution et de délégation.

Art. 35 - La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.5 rédigé comme suit :

« Art. 164.5 - *Lien factuel et temporel*

Les crédits d'engagement et d'ordonnancement sont utilisés uniquement dans le but indiqué au budget des dépenses et seulement jusqu'à la fin de l'année budgétaire concernée. »

Art. 36 - La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.6 rédigé comme suit :

« Art. 164.6 - *Obligation légale et budgétaire*

Le consentement aux contrats ou accords à caractère onéreux ainsi qu'aux décisions d'octroi de subventions ou d'autres obligations unilatérales à caractère onéreux ne sera pas communiqué tant que le montant correspondant n'aura pas été imputé sur les crédits d'engagement prévus à cet effet. Seule l'obligation légale fixant les conditions précises ouvre aux tiers un droit à l'encontre de la commune.

Lorsque le montant de l'obligation légale diffère du montant de l'obligation budgétaire, celui-ci doit, dans le cadre des moyens budgétaires disponibles, être adapté en conséquence.

Lorsqu'une obligation budgétaire n'est pas confirmée par une obligation légale, elle expire au plus tard à la fin de l'année budgétaire.

Les dépenses autres que celles mentionnées à l'alinéa 1^{er} ne peuvent être imputées sur les crédits d'engagement prévus à cet effet que moyennant des preuves justifiant l'existence et les conditions précises de l'obligation. »

Art. 37 - La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.7 rédigé comme suit :

« *Art. 164.7 - Engagements pris à charge du budget à venir*

À partir du 1^{er} novembre, les engagements nécessaires pour la pérennité de la commune peuvent être effectués à charge des crédits d'engagement de l'année budgétaire suivante dans le cadre des crédits alloués pour les dépenses correspondantes de l'année en cours. Ces engagements interdisent toute fourniture de biens ou de services avant le début de l'année budgétaire. »

Art. 38 - Dans le titre 4, chapitre 4, section 2, du même décret, il est inséré une sous-section 3, comportant les articles 164.8 à 164.12, intitulée comme suit :

« Sous-section 3 - Acteurs financiers »

Art. 39 - La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.8 rédigé comme suit :

« *Art. 164.8 - Principe de la séparation de fonctions*

Les fonctions de l'ordonnateur et du comptable sont séparées et incompatibles entre elles. »

Art. 40 - La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.9 rédigé comme suit :

« *Art. 164.9 - Ordonnateur*

En sa qualité d'ordonnateur, le collège détermine les agents auxquels il délègue les fonctions d'ordonnateur ainsi que l'étendue des pouvoirs conférés. En outre, il peut prévoir la possibilité, pour les bénéficiaires de cette délégation, de subdéléguer leurs pouvoirs.

Les délégations et les subdélégations des fonctions d'ordonnateur ne sont accordées qu'aux personnes soumises au statut ou au régime applicable aux autres agents de la commune concernée.

Les ordonnateurs délégués ou subdélégués ne peuvent agir que dans les limites fixées par l'acte de délégation ou de subdélégation. L'ordonnateur délégué ou subdélégué compétent peut être assisté dans sa tâche par un ou plusieurs agents chargés d'effectuer, sous la responsabilité du premier, certaines opérations nécessaires à l'exécution du budget et à la reddition des comptes. »

Art. 41 - La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.10 rédigé comme suit :

« *Art. 164.10 - Missions des ordonnateurs*

§ 1^{er} - L'ordonnateur est chargé d'exécuter les recettes et les dépenses suivant les principes de la comptabilité budgétaire et d'en assurer la légalité et la régularité.

§ 2 - Pour exécuter des dépenses, l'ordonnateur procède à des engagements budgétaires et des engagements juridiques, à la liquidation des dépenses et à l'ordonnancement des paiements nécessaires.

§ 3 - L'engagement consiste à réserver à charge des crédits d'engagement les fonds nécessaires au paiement ultérieur de sommes dues en vertu d'une obligation juridique.

L'ordonnateur qui procède à un engagement s'assure de la pertinence de l'imputation

budgétaire, de la disponibilité des fonds, de la régularité et de la concordance de la dépense avec les dispositions juridiques en vigueur et avec le budget ainsi que du respect des principes de la comptabilité budgétaire.

§ 4 - La liquidation d'une dépense est l'acte par lequel l'ordonnateur vérifie la prétention du bénéficiaire, l'existence et le montant de la créance et l'échéance de la créance.

§ 5 - L'ordonnancement d'une dépense est l'acte par lequel l'ordonnateur, après avoir vérifié la disponibilité des fonds, ordonne au comptable, par délivrance d'une ordonnance de paiement, de payer le montant de la dépense liquidée par ses soins.

Les mandats sur la caisse communale ordonnancés par l'ordonnateur sont signés par le bourgmestre ou par celui qui le remplace et par un échevin; ils sont contresignés par le directeur général.

§ 6 - Dans les cas suivants, l'ordonnateur peut procéder à un engagement et liquider en même temps la dépense correspondante :

- 1° lorsqu'il s'agit d'une dépense fixe comme un traitement ou les cotisations sociales;
- 2° lorsque la dépense ne dépasse pas un certain montant, fixé par le Gouvernement.

§ 7 - L'exécution des recettes comporte la constatation des créances et l'émission des ordres de recouvrement. Elle comporte, le cas échéant, la renonciation aux créances constatées.

§ 8 - La constatation d'une créance est l'acte par lequel l'ordonnateur vérifie l'existence des dettes du débiteur, détermine ou vérifie l'existence et le montant de la dette et vérifie l'échéance de la dette.

Après la constatation d'une créance, l'ordonnateur délivre un ordre de recouvrement au comptable et communique au débiteur le montant à payer, le type de la créance, son imputation budgétaire ainsi que les modalités de paiement et le délai de paiement. »

Art. 42 - La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.11 rédigé comme suit :

« *Art. 164.11 - Comptable*

§ 1^{er} - En sa qualité de comptable, le directeur financier de la commune est chargé :

- 1° d'exécuter correctement des paiements, d'encaisser des recettes et de recouvrer des créances constatées;
- 2° de préparer et de présenter les comptes, conformément aux dispositions de la section 4 du présent chapitre;
- 3° de tenir la comptabilité conformément aux dispositions de la section 4 du présent chapitre;
- 4° de définir, conformément aux dispositions de la section 4 du présent chapitre, les règles et les méthodes comptables ainsi que le plan comptable;
- 5° de définir et de valider les systèmes comptables ainsi que, le cas échéant, de valider les systèmes définis par l'ordonnateur et destinés à fournir ou justifier des informations comptables;
- 6° de tenir une caisse.

§ 2 - Le comptable obtient des ordonnateurs, qui en garantissent la fiabilité, toutes les informations nécessaires à l'établissement de comptes présentant une image fidèle du patrimoine de la commune et de l'exécution budgétaire.

§ 3 - Par dérogation à l'article 164.8, le comptable constate la créance pour les recettes immédiates.

§ 4 - Sauf dérogation prévue à l'article 164.12, le comptable est seul habilité pour le maniement de fonds et de valeurs. Il est responsable de leur conservation.

§ 5 - Le comptable peut, pour l'exercice de sa fonction, déléguer certaines de ses tâches à des agents placés sous sa responsabilité hiérarchique. »

Art. 43 - La même sous-section du même décret est complétée par un article 164.12 rédigé comme suit :

« Art. 164.12 - *Gestionnaire de caisse*

Le comptable peut charger certains membres du personnel communal du paiement et de l'engagement de menues dépenses et de la perception de recettes en espèces.

En vue du paiement de menues dépenses, dont le plafond est fixé par le comptable, et de l'encaissement de recettes autres que les ressources propres, il peut être créé des caisses qui sont alimentées par le comptable et qui sont sous la responsabilité de gestionnaires de caisses désignés par le comptable.

Le gestionnaire de caisse tient un livre de caisse. »

Art. 44 - Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, il est inséré une section 3, comportant les articles 165 à 165.6, intitulée comme suit :

« Section 3 - Comptabilité générale ».

Art. 45 - L'article 165 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 165 - *Tenue de la comptabilité*

Les communes tiennent une comptabilité générale. La comptabilité générale comprend une comptabilité financière et un compte des frais et des prestations. »

Art. 46 - Dans le titre 4, chapitre 4, section 3, du même décret, il est inséré un article 165.1 rédigé comme suit :

« Art. 165.1 - *Comptabilité financière*

§ 1^{er} - La comptabilité financière repose sur le principe de comptabilité en partie double et présente une image fidèle de la situation financière et patrimoniale ainsi que du résultat de la commune. À cette fin, elle enregistre le patrimoine, les droits, les engagements et les obligations de la commune.

Le Gouvernement fixe les règles et les méthodes comptables ainsi que le plan comptable uniforme, à appliquer par toutes les communes. Le plan comptable est divisé en classes de bilan.

§ 2 - L'exercice comptable court du 1^{er} janvier au 31 décembre de la même année.

§ 3 - Chaque opération est immédiatement inscrite dans les livres et les comptes de la comptabilité générale, sur la base d'une preuve datée, et classée soigneusement par ordre chronologique. Elle est rattachée à l'exercice comptable pendant lequel les droits ont été constatés. L'inscription dans la comptabilité générale et dans la comptabilité budgétaire visée à l'article 164.1 a lieu en même temps.

§ 4 - Les livres et la gestion des comptes assurent la continuité ainsi que la légalité et l'inaltérabilité des inscriptions.

Toutes les preuves sont classées méthodiquement et conservées. Le Gouvernement fixe les modalités et les délais de conservation des livres et des pièces justificatives.

Le support numérique utilisé pour la conservation des livres et des pièces justificatives doit garantir l'inaltérabilité et l'accessibilité des données pendant les délais de conservation prescrits.

§ 5 - Le Gouvernement détermine la nature des supports électroniques à utiliser pour la comptabilité des communes. »

Art. 47 - La même section du même décret est complétée par un article 165.2 rédigé comme suit :

« *Art. 165.2 - Suivi des mouvements de caisse*

La comptabilité générale permet un suivi permanent des opérations de caisse et l'établissement de situations de caisse périodiques. »

Art. 48 - La même section du même décret est complétée par un article 165.3 rédigé comme suit :

« *Art. 165.3 - Compte des frais et des prestations*

La comptabilité générale comprend un compte des frais et des prestations permettant de fournir toutes les informations utiles pour la gestion, notamment pour déterminer les frais des prestations. »

Art. 49 - La même section du même décret est complétée par un article 165.4 rédigé comme suit :

« *Art. 165.4 - Inventaire*

Un inventaire complet de toutes les composantes du patrimoine de la commune est établi le 31 décembre de chaque année. Il comprend tous les biens et tous les droits quels qu'ils soient ainsi que les dettes et les obligations quelles qu'elles soient. Cet inventaire est organisé de la même manière que les catégories de bilan du plan comptable visé à l'article 165.1, § 1^{er}.

Le Gouvernement peut préciser d'autres modalités. »

Art. 50 - La même section du même décret est complétée par un article 165.5 rédigé comme suit :

« *Art. 165.5 - Affectation à l'exercice comptable*

L'affectation de droits à un exercice comptable déterminé n'est possible que si ceux-ci ont été constatés au cours de cet exercice. Toutefois, les droits constatés le 31 décembre et non comptabilisés avant le 15 février de l'exercice suivant seront affectés à un exercice ultérieur. »

Art. 51 - La même section du même décret est complétée par un article 165.6 rédigé comme suit :

« Art. 165.6 - *Extinction*

Les droits constatés au profit de la commune s'éteignent par paiement, annulation ou prescription. »

Art. 52 - Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, il est inséré une section 4, comportant les articles 166 à 166.1, intitulée comme suit :

« Section 4 - *Reddition des comptes* ».

Art. 51 - L'article 166 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 166 - *Reddition des comptes*

La reddition des comptes comprend :

1° le projet de décision fixant le décompte définitif de l'exercice comptable, accompagné des comptes annuels;

2° la justification générale.

Les comptes annuels mentionnés à l'alinéa 1^{er} comprennent :

1° le bilan au 31 décembre;

2° le compte de résultat établi sur la base des charges et des produits;

3° une analyse du bilan montrant que tous les droits constatés et tous les engagements souscrits ont été comptabilisés et que les actifs circulants du bilan reflètent les soldes des mouvements de comptes;

4° un compte de récapitulation des opérations budgétaires de l'année, en recettes et en dépenses;

5° les comptes d'exécution du budget visés à l'article 164.3;

6° un récapitulatif des engagements ouverts au 31 décembre.

La justification générale comprend les commentaires relatifs au projet. Elle sera accompagnée d'un aperçu de la gestion des finances communales au cours de l'exercice auquel les comptes se rapportent, ainsi que de la liste reprenant les adjudicataires de marchés pour lesquels le conseil a choisi le mode de passation et a fixé les conditions.

La commune détermine, dans le cadre du bilan mentionné à l'alinéa 2, 2°, les informations pertinentes relatives aux engagements conditionnels susceptibles d'avoir un impact élevé sur le budget, y compris les garanties, les prêts improductifs et les passifs découlant de l'activité d'entreprises publiques, ainsi que des informations sur les participations au capital de sociétés privées ou publiques pour des montants économiquement significatifs. »

Art. 54 - Dans le titre 4, chapitre 4, section 4, du même décret, il est inséré un article 166.1 rédigé comme suit :

« Art. 166.1 - *Principes de la reddition des comptes*

§ 1^{er} - La reddition des comptes doit être régulière, sincère et complète et présenter une image fidèle :

1° en ce qui concerne les comptes d'exécution du budget, des éléments de l'exécution du budget en recettes et en dépenses;

2° en ce qui concerne les états financiers, des éléments d'actif, de passif, des charges et des produits, des droits et des obligations non repris à l'actif et au passif, ainsi que des flux de trésorerie.

§ 2 - Les états financiers sont établis sur la base des principes comptables suivants :

- 1° la continuité des activités;
- 2° la prudence;
- 3° la permanence des méthodes comptables;
- 4° la comparabilité des informations;
- 5° l'importance relative;
- 6° le principe d'imputation brute;
- 7° la prééminence de la réalité sur l'apparence;
- 8° la comptabilité d'exercice. »

Art. 55 – Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, il est inséré une section 5, comportant les articles 167 à 167.2, intitulée comme suit :
« Section 5 - Contrôle ».

Art. 56 – L'article 167 du même décret est remplacé par ce qui suit :
« Art. 167 – Renvoi des ordres de paiement

Le comptable renvoie au collège, avant paiement, tout ordre de paiement :

- 1° dont les documents justificatifs sont incomplets ou dont les éléments ne cadrent pas avec les pièces jointes;
- 2° portant des ratures ou surcharges non approuvées;
- 3° non appuyés des pièces justificatives ou lorsque les pièces justificatives des fournitures, travaux ou prestations diverses ne relatent point soit les approbations nécessaires, soit les visas de réception ou de certification attestant la réalité de la créance ou le service fait et accepté;
- 4° dont la dépense est imputée sur des allocations qui lui sont étrangères;
- 5° lorsque le budget ou les délibérations ouvrant des crédits spéciaux prévoyant la dépense n'est point susceptible d'être payée dans la limite des crédits provisoires autorisés ou conformément à l'article 170.5;
- 6° lorsque la dépense excède le disponible des allocations y afférentes du budget;
- 7° lorsque la dépense en tout ou partie a déjà fait l'objet d'une liquidation antérieure;
- 8° lorsque la dépense est contraire aux lois, aux règlements ou aux décisions du conseil communal. »

Art. 57 – Dans le titre 4, chapitre 4, section 5, du même décret, il est inséré un article 167.1 rédigé comme suit :
« Art. 167.1 – Imputations

En cas d'avis défavorable du directeur financier, mentionné à l'article 102, § 3, alinéa 3, ou dans les cas prévus à l'article 167, le collège peut décider, sous sa responsabilité, que la dépense sera imputée et effectuée. Dans ce cas, la délibération motivée du collège est jointe à l'ordre de paiement et information en est donnée immédiatement au conseil communal. Le collège peut également décider de soumettre sa décision à la ratification du conseil à sa plus prochaine séance.

Art. 58 – Dans le titre 4, chapitre 4, section 5, du même décret, il est inséré un article 167.2 rédigé comme suit :
« Art. 167.2 – Audit interne

Pour la surveillance de l'exécution budgétaire et de la comptabilité de la commune dans le cadre du système de contrôle interne mentionné à l'article 98, § 4, la commune met en place un service d'audit interne chargé de surveiller le fonctionnement de l'exécution budgétaire et de la comptabilité de la commune et de son système de contrôle interne. Elle veille à l'indépendance du service d'audit et en fixe le mode de fonctionnement. Le service d'audit exerce une fonction de surveillance et de conseil. Un service d'audit peut travailler

pour plusieurs ou pour toutes les communes.

Les plans de travail d'un tel service d'audit, ses constatations et ses recommandations ainsi que les procédures appliquées sont consignés dans un rapport annuel. Le service d'audit communique ce rapport annuel à l'ordonnateur, qui le transmet ensuite pour information au Gouvernement. »

Art. 59 – Dans le titre 4, chapitre 4, section 5, du même décret, il est inséré un article 167.3 rédigé comme suit :

« *Art. 167.3 - Rapport*

Chaque année, le comptable établit un rapport sur les dépenses effectuées conformément à l'article 164.6, alinéas 2 et 4. Ce rapport est soumis tant au conseil qu'au Gouvernement. »

Art. 60 – Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, il est inséré une section 6, comportant les articles 168 à 168.3, intitulée comme suit :

« *Section 6 - Recouvrement des créances constatées* ».

Art. 61 – L'article 168 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 168 - Contestation de créances constatées*

Lorsque le débiteur conteste les créances constatées conformément à l'article 164, le comptable compétent en informe l'ordonnateur. Celui-ci se prononce sur la contestation. Dans l'intervalle, le comptable suspend le recouvrement de la créance constatée.

Les créances contestées sont entièrement ou partiellement annulées ou confirmées par l'ordonnateur. Ses décisions sont communiquées au comptable qui procède, le cas échéant, aux inscriptions nécessaires dans la comptabilité générale et la comptabilité budgétaire. »

Art. 62 – Dans le titre 4, chapitre 4, section 6, du même décret, il est inséré un article 168.1 rédigé comme suit :

« *Art. 168.1 - Facilités de paiement*

Le comptable peut, dans le cadre défini par le Gouvernement, accorder des reports ou des facilités de paiement aux débiteurs en proie à des difficultés financières manifestes. »

Art. 63 – La même section du même décret est complétée par un article 168.2 rédigé comme suit :

« *Art. 168.2 - Voie judiciaire*

Sans préjudice de l'application de l'article 102, § 3, alinéa 1^{er}, les créances constatées, non honorées le jour de leur échéance, peuvent être consignées par le comptable et faire l'objet d'une action en justice, introduite par l'ordonnateur. »

Art. 64 – La même section du même décret est complétée par un article 168.3 rédigé comme suit :

« *Art. 168.3 - Créances irrécouvrables*

§ 1^{er} – Sans préjudice des dispositions du titre 5, les créances constatées sont déclarées irrécouvrables en tout ou en partie par l'ordonnateur si :

1° elles sont prescrites en vertu de l'article 175 ou, selon le cas, des dispositions légales ou contractuelles;

2° les frais de recouvrement estimés sont supérieurs au montant de la créance

constatée;

3° l'insolvabilité du créancier est attestée par un huissier de justice ou par l'administration fiscale;

4° les créances sont libellées sur des sociétés en état de faillite ou de dissolution et que le curateur atteste le caractère irrécouvrable de la créance.

Dans ces cas, le comptable inscrit une moins-value correspondant au montant irrécouvrable dans la comptabilité générale et, le cas échéant, dans la comptabilité budgétaire.

§ 2 - Par dérogation à l'article 164.9, la déclaration d'irrécouvrabilité visée au § 1^{er} est effectuée par l'ordonnateur lui-même, sans possibilité de délégation à un ordonnateur délégué ou subdélégué.

§ 3 - Tout versement opéré après la déclaration constatant le caractère irrécouvrable, visée au § 1^{er}, est inscrite comme recette directe dans la comptabilité générale et dans la comptabilité budgétaire. »

Art. 65 - Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, il est inséré une section 7, comportant les articles 169 à 169.2, intitulée comme suit :

« *Section 7 - Cessions d'actif* »

Art. 66 - L'article 169 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 169 - Cessions*

Sous réserve de dispositions légales ou décrétales contraires, les actifs mobiliers et immobiliers des communes, devenus inutilisables, mais possédant une valeur marchande, peuvent être cédés. »

Art. 67 - Dans le titre 4, chapitre 4, section 7, du même décret, il est inséré un article 169.1 rédigé comme suit :

« *Art. 169.1 - Actifs amortis*

Les actifs entièrement amortis dans la comptabilité générale, mais toujours utilisés, sont repris sans valeur dans l'inventaire. »

Art. 68 - Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, il est inséré une section 8, comportant les articles 170 à 174, intitulée comme suit :

« *Section 8 - Dispositions budgétaires spéciales* ».

Art. 69 - L'article 170 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« *Art. 170 - Structure budgétaire*

§ 1^{er} - Le budget d'une commune comprend :

1° la décision budgétaire, composée du budget des recettes et du budget général des dépenses;

2° la justification générale contenant les informations relatives aux budgets des recettes et des dépenses, au budget administratif des dépenses, à la liste des engagements pluriannuels et à la liste des cautionnements.

§ 2 - La décision budgétaire contient les dispositions relatives aux recettes et aux dépenses de l'année budgétaire, y compris l'autorisation pour le collège de contracter des emprunts dans le cadre des limites et des dispositions arrêtées.

§ 3 - Le budget des recettes énumère les recettes estimées suivant leur origine conformément à la classification économique. L'estimation des montants ne limite pas les droits à constater.

L'article budgétaire est le seul niveau de répartition du budget des recettes. Chaque article budgétaire est identifié par une description et codifié suivant la classification économique et fonctionnelle.

§ 4 - Le budget des dépenses énumère les crédits d'engagement et les crédits d'ordonnancement probablement nécessaires.

La division organique est le premier niveau de répartition du budget général des dépenses. Elle comprend les moyens prévus pour l'ensemble des activités dans un domaine déterminé de la commune.

Le programme est le deuxième niveau de répartition du budget général des dépenses. Chaque division organique comprend un ou plusieurs programmes administratifs et opérationnels. Les programmes administratifs contiennent les crédits de personnel, d'exploitation et d'investissement destinés à l'exécution des missions de la division organique. Les programmes opérationnels contiennent les crédits spécifiques nécessaires pour atteindre les différents objectifs de la division organique.

L'allocation est le troisième niveau de répartition du budget des dépenses. Chaque allocation est identifiée par une description et codifiée suivant la classification économique et fonctionnelle.

Les crédits d'engagement sont prévus et octroyés par programme. Les crédits d'ordonnancement sont prévus par programme et approuvés pour l'ensemble du budget.

§ 5 - La justification générale comprend les commentaires relatifs au projet. Doivent obligatoirement y être joints :

1° une synthèse de la politique générale et financière ainsi que la situation de l'administration et des affaires de la commune;

2° le budget administratif en tant que troisième niveau de répartition du budget général des dépenses. Chaque programme est subdivisé en une ou plusieurs allocations, dotées de crédits destinés à des activités particulières. Chaque allocation est identifiée par une description et codifiée suivant la classification économique et fonctionnelle;

3° un cadre budgétaire à moyen terme et une programmation budgétaire pluriannuelle, leurs éventuelles actualisations ainsi que la justification de tout écart éventuel du budget par rapport au cadre budgétaire à moyen terme;

4° la liste des engagements pluriannuels de la commune, conformément à l'article 170.1;

5° la liste des cautionnements, garanties et autres avals de la commune;

6° une liste des créances qui, conformément à l'article 168.3, ont été déclarées irrécouvrables.

§ 6 - Le Gouvernement peut fixer une grille de base contraignante pour la structure budgétaire des communes. »

Art. 70 – Dans le titre 4, chapitre 4, section 8, du même décret, il est inséré un article 170.1 rédigé comme suit :

« Art. 170.1 - *Emprunts et engagements pluriannuels*

Le Gouvernement fixe les prescriptions pour les emprunts et engagements pluriannuels. »

Art. 71 - La même section du même décret est complétée par un article 170.2 rédigé comme suit :

« Art. 170.2 - *Établissement des budgets et des ajustements*

Le collège établit le projet de budget et en transmet un exemplaire à chaque conseiller communal au plus tard sept jours avant la séance du conseil.

Le Gouvernement fixe les autres instructions et les modalités d'établissement des budgets et des ajustements budgétaires.

L'ajustement du budget a lieu de la même manière que l'établissement du budget, dans le respect de la structure budgétaire décrite à l'article 170. Les différents tableaux du budget des recettes et du budget des dépenses sont actualisés; ils font la comparaison entre les crédits initiaux et les crédits ajustés.

L'ajustement du budget est voté par le conseil et ensuite approuvé par le Gouvernement conformément aux dispositions du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la région de langue allemande. »

Art. 72 - La même section du même décret est complétée par un article 170.3 rédigé comme suit :

« Art. 170.3 - *Crédits budgétaires provisoires*

Si le budget d'une commune n'a pas été voté avant la date fixée par le Gouvernement, le conseil doit prendre une décision motivée par des circonstances spéciales et relative au recours à des crédits provisoires pour lesquels des crédits exécutoires avaient été inscrits au budget de l'exercice comptable précédent.

Si le budget est arrêté, mais pas encore approuvé au 1^{er} janvier de l'exercice comptable, il peut être recourus aux douzièmes provisoires sans décision spécifique. »

Art. 73 - La même section du même décret est complétée par un article 170.4 rédigé comme suit :

« Art. 170.4 - *Remboursements*

§ 1^{er} – Sont définitivement acquises à ceux qui les ont reçues les sommes payées indûment par les communes, les régies communales autonomes et les intercommunales exclusivement constituées de communes de la région de langue allemande en matière de traitements, d'avances sur ceux-ci ainsi que d'indemnités, d'allocations ou de prestations qui sont accessoires ou similaires aux traitements, lorsque le remboursement n'en a pas été réclamé dans un délai de cinq ans à partir du 1^{er} janvier de l'année du paiement.

§ 2 – Pour être valable, la réclamation doit être notifiée au débiteur par lettre recommandée à la poste et contenir :

1° le montant total des sommes réclamées avec, par année, le relevé des paiements indus;

2° la mention des dispositions en violation desquelles les paiements ont été faits.

À dater du dépôt de la lettre recommandée à la poste, la répétition de l'indu peut être poursuivie pendant le délai fixé par le droit commun en matière de prescription de plaintes personnelles.

§ 3 – Le délai fixé au § 1^{er} est porté à dix ans lorsque les sommes indues ont été obtenues par des manœuvres frauduleuses ou par des déclarations fausses ou sciemment incomplètes. »

Art. 74 - La même section du même décret est complétée par un article 170.5 rédigé comme suit :

« Art. 170.5 – Dépenses urgentes

Le conseil peut toutefois pourvoir à des dépenses réclamées par des circonstances impérieuses et imprévues.

Dans le cas où le moindre retard occasionnerait un préjudice évident, le collège peut, sous sa responsabilité, pourvoir à la dépense, à charge d'en donner, sans délai, connaissance au conseil qui délibère s'il admet ou non la dépense.

Les membres du collège qui auraient mandaté des dépenses payées en exécution des alinéas 1^{er} et 2, mais rejetées des comptes définitifs, sont personnellement tenus d'en verser le montant à la caisse communale. »

Art. 75 - La même section du même décret est complétée par un article 170.6 rédigé comme suit :

« Art. 170.6 – Publicité du budget et des comptes

Les budgets et les comptes sont déposés à la maison communale, où quiconque peut en prendre connaissance sur place.

Cette possibilité de consultation est rappelée au moins par voie d'affiches apposées à la maison communale, à l'initiative du collège, et ce, dans le mois qui suit l'adoption des budgets et des comptes. La durée de l'affichage ne peut être inférieure à dix jours.

Immédiatement après approbation par le Gouvernement, les communes publient sur leur site Internet un résumé du budget et de la reddition des comptes dans un format fixé par le Gouvernement. »

Art. 76 - La même section du même décret est complétée par un article 170.7 rédigé comme suit :

« Art. 170.7 - Nouvelle répartition des allocations

Au cours de l'année budgétaire, le collège peut adapter la répartition des crédits budgétaires sur les allocations du budget des dépenses. À chaque nouvelle réaffectation, les augmentations de crédits sont entièrement compensées par des diminutions de crédits.

C'est seulement au sein de la division organique prévue pour les dépenses d'infrastructure que les crédits d'engagement peuvent être répartis autrement sur toutes les allocations de ladite division.

Au niveau des crédits d'engagement, les crédits d'un programme peuvent être répartis autrement sur les allocations de ce programme. Lorsque le budget des dépenses ne

comporte qu'un seul niveau de répartition, les crédits d'engagement ne peuvent pas faire l'objet d'une nouvelle répartition.

Au niveau des crédits d'ordonnancement, les crédits peuvent être répartis autrement sur les allocations du budget.

Si le collège procède à une réaffectation des crédits budgétaires aux allocations du budget des dépenses, il en informe le conseil lors de sa prochaine séance, ainsi que le Gouvernement. »

Art. 77 - La même section du même décret est complétée par un article 170.8 rédigé comme suit :

« *Art. 170.8 - Ajustements et corrections comptables*

Le directeur financier peut continuer à procéder à des ajustements comptables jusqu'à la transmission du compte d'exécution budgétaire et des comptes annuels dans les délais prévus à l'article 170.9. Ces ajustements se rapportent uniquement à des événements importants survenus au cours de l'exercice comptable concerné et dont la survenance ou les effets n'étaient pas connus au moment de la clôture des comptes.

Le comptable peut encore procéder à des corrections comptables résultant de l'exercice de la tutelle administrative jusqu'au moment de l'approbation définitive par le Gouvernement ou, selon le cas, jusqu'au dépassement du délai d'approbation. »

Art. 78 - La même section du même décret est complétée par un article 170.9 rédigé comme suit :

« *Art. 170.9 - Comptes annuels*

Le conseil arrête chaque année, à la date fixée par le Gouvernement, les comptes annuels de l'exercice précédent. »

Art. 79 - La même section du même décret est complétée par un article 170.10 rédigé comme suit :

« *Art. 170.10 - Paiements*

Aucun paiement sur la caisse communale ne peut avoir lieu qu'en vertu d'une allocation portée au budget conformément aux dispositions du présent chapitre, d'une décision conformément à l'article 170.5 ou d'un crédit provisoire alloué dans les conditions et limites fixées par le Gouvernement.

Les membres du collège sont personnellement responsables des dépenses engagées ou mandatées par eux en violation de l'alinéa 1^{er}. »

Art. 80 - L'article 171 du même décret est abrogé.

Art. 81 - L'article 172 du même décret est abrogé.

Art. 82 - L'article 173 du même décret est abrogé.

Art. 83 - L'article 174 du même décret est abrogé.

Art. 84 - Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, l'intitulé de la section 3, comportant les articles 175 à 176, est remplacé par ce qui suit :

« Section 9 - Prescription ».

Art. 85 - À l'article 175 du même décret, les mots « l'article 176 » sont remplacés par les mots « l'article 170.4 ».

Art. 86 - L'article 176 du même décret est abrogé.

Art. 87 - Dans le titre 4, chapitre 4, du même décret, l'intitulé de la section 4, comportant les articles 177 à 183, est remplacé par ce qui suit :

« Section 10 - Octroi et contrôle des subventions accordées par les communes ».

Art. 88 - L'article 185 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les centimes additionnels communaux aux impôts de l'État et de la Région sont recouvrés conformément aux règles établies pour la perception de l'impôt auxquelles ils s'ajoutent. »

Art. 89 - Le présent décret entre en vigueur à une date fixée par le Gouvernement, et au plus tard le 1^{er} janvier 2024.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH